

ANDREAS HARATSCH
CHRISTIAN KOENIG
MATTHIAS PECHSTEIN

Europarecht

13. Auflage



MOHR SIEBECK

MOHR SIEBECK LEHRBUCH

Mohr Siebeck Lehrbuch

Andreas Haratsch/Christian Koenig/Matthias Pechstein

Europarecht



Andreas Haratsch/Christian Koenig/
Matthias Pechstein

Europarecht

13., überarbeitete und aktualisierte Auflage

Mohr Siebeck

Andreas Haratsch, geboren 1963; 1982–88 Studium der Rechtswissenschaft in Mainz; 1990/91 Studium an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer; 1992 zweites juristisches Staatsexamen; 1997 Promotion; 2003 Habilitation; ab Wintersemester 2005/06 Vertreter des Lehrstuhls Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht sowie Völkerrecht an der FernUniversität in Hagen; seit 2007 Univ.-Prof. und Inhaber dieses Lehrstuhls; seit 2017 Direktor des Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften der FernUniversität in Hagen; 2019 Gastprofessur an der Università di Roma „La Sapienza“.

Christian Koenig, geboren 1961; 1980–85 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Mainz; 1986 Master of Laws (London School of Economics); 1988 Promotion; 1991 zweites juristisches Staatsexamen; 1993 Habilitation; seit 1994 Univ.-Prof.; seit 1999 Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn.

Matthias Pechstein, geboren 1958; 1979–85 Studium der Rechtswissenschaft in Mainz und Nizza; 1987 Promotion; 1989 zweites juristisches Staatsexamen; 1989–90 Referent im Bundesministerium des Inneren für europäische Medienpolitik; 1990–93 wiss. Assistent an der Universität Bayreuth; 1993–94 Richter am Verwaltungsgericht Berlin; 1994 Habilitation; seit 1995 o. Professor für Öffentliches Recht und Europarecht an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder.

1. Auflage 1996
2. Auflage 1998
3. Auflage 2000
4. Auflage 2003
5. Auflage 2006
6. Auflage 2009
7. Auflage 2010
8. Auflage 2012
9. Auflage 2014
10. Auflage 2016
11. Auflage 2018
12. Auflage 2020
13. Auflage 2023

ISBN 978-3-16-159667-4/eISBN 978-3-16-159668-1

DOI 10.1628/978-3-16-159668-1

ISSN 2568-4566 (Mohr Siebeck Lehrbuch)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2023 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Jung Crossmedia Publishing in Lahnau gesetzt und von C. H. Beck in Nördlingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort zur dreizehnten Auflage

Dieses Lehrbuch zum Europarecht richtet sich vor allem an Studierende. Wir hoffen aber auch, dem praktisch – sei es beruflich oder anderweitig – am Europarecht Interessierten beim rechtsdogmatischen und kasuistischen Zugang zur europäischen Integration behilflich zu sein. Gegenüber der Voraufgabe ist die Darstellung des Rechts der Europäischen Union auf den prüfungsrelevanten konzentriert und gestrafft worden. Das Lehrbuch kann sowohl als Einführung als auch zum Wiederholen des europarechtlichen Prüfungstoffes anhand der Übersichten herangezogen werden. Die Prüfungsübersichten sollen als Lernkontrollen zum nochmaligen Nachlesen im betreffenden Kapitel anregen. Damit die Ausführungen immer „hart am Recht“ verstanden werden, empfehlen wir nachdrücklich, parallel zur Buchlektüre die im Text zitierten Vertragsbestimmungen nachzulesen. Ebenso wichtig ist die Lektüre zumindest der Leitentscheidungen, die am Ende einzelner Abschnitte angeführt werden. Eine wertvolle Hilfe leistet dabei die von *Matthias Pechstein* kommentierte Studienauswahl von Entscheidungen des EuGH, die zeitgleich in zwölfter Auflage im Verlag Mohr Siebeck erscheint. Eine aktuelle Ergänzung hierzu bietet das Internetprojekt *DeLuxe* (www.rewi.europa-uni.de/deluxe), in welchem in Anlehnung an den Ansatz der Entscheidungssammlung die neuesten Urteile des Gerichtshofs didaktisch aufbereitet werden. In dieser dreizehnten Auflage wird in den Fußnoten bei den einschlägigen EuGH-Urteilen auf die Entscheidungssammlung in der zwölften Auflage hingewiesen (P Nr. xy).

Die dreizehnte Auflage aktualisiert die Darstellung des Europarechts. Nicht nur die Literatur ist auf den neuesten Stand gebracht worden, sondern es sind auch die seit der Voraufgabe eingetretenen Entwicklungen in der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union, der europarechtsrelevanten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie im relevanten Sekundärrecht der Europäischen Union berücksichtigt worden. Hinzuweisen ist darauf, dass die amtliche Entscheidungssammlung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Jahr 2012 eingestellt worden ist. Alle Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Union werden in diesem Lehrbuch daher mit dem sog. European Case Law Identifier (ECLI) zitiert (näher hierzu Rn. 470).

VI Vorwort zur dreizehnten Auflage

In dieser dreizehnten Auflage werden die Vertragsbestimmungen in der Artikelnummerierung des EU- und des AEU-Vertrags zitiert, wie sie durch den Lissabonner Vertrag eingeführt worden ist. Wird eine Vertragsbestimmung des Rechts vor dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages zitiert, so erfolgt dies mit dem Hinweis „a. F.“, z. B. Art. 5 EGV a. F., der nach dem Lissabonner Vertrag Art. 5 EUV entspricht, oder Art. 39 EGV a. F. für den jetzigen Art. 45 AEUV.

Unser Dank für die Unterstützung bei der Überarbeitung gilt *Frau Krisztina Mezey*, Herrn *Carlos Deniz Cesarano*, Herrn *Patrick Wittum*, Frau *Hannah Döding* sowie Frau *Dela Rütten* und Frau *Nina Tippmann*. Großer Dank gebührt zudem Frau *Birgit Löckenhoff* für ihre unermüdliche Mithilfe im Rahmen der Organisation sowie für stets wertvolle Anregungen und Anmerkungen. Wir danken auch Frau *Dr. Anke Holljesiefken*, Herrn *Dr. Yury Safoklov*, Frau *Lydia Hannawald*, Herrn *Jan Sebastian Müllner*, Frau *Judith Wüst* sowie Frau *Carina Henkel* für die unermüdliche Hilfe bei der Aktualisierung der Querverweise und des Sachverzeichnisses.

Für die gewohnt vorzügliche verlegerische Betreuung danken wir Frau *Daniela Taudt*, LL.M. Eur., vom Verlag Mohr Siebeck.

Hagen, Bonn, Frankfurt (Oder)

*Andreas Haratsch
Christian Koenig
Matthias Pechstein*

Das Projekt DeLuxe richtet sich an alle, die an aktuellen Entwicklungen der Rechtsprechung der Unionsgerichtsbarkeit interessiert sind, Hauptzielgruppe sind Studenten und Referendare.

Die Kenntnis der wesentlichen Entscheidungen der Unionsgerichte ist notwendige Grundvoraussetzung für jeden, der sich mit dem Europarecht beschäftigt. Mit der aktuellen Entwicklung Schritt zu halten, fällt jedoch angesichts der Dynamik der unionsgerichtlichen Rechtsprechung erfahrungsgemäß immer schwerer.

Das Projekt DeLuxe will hier Abhilfe schaffen. Aktuelle studienrelevante EuGH-Entscheidungen werden nach einem einheitlichen Muster didaktisch aufbereitet:

- **Das Wichtigste** jeder Entscheidung wird in redaktionellen Leitsätzen am Anfang zusammengefasst.
- **Vorbemerkungen** liefern die dogmatischen Hintergründe und eine kritische Würdigung zur Einordnung der Entscheidung in die Struktur des Europarechts.

- **Vertiefende Leschinnweise** in ausbildungsrelevanter Literatur ermöglichen ein weiterführendes Selbststudium.
- Der zusammenfassende **Sachverhalt** liefert den für das Verständnis der Entscheidungsgründe notwendigen tatsächlichen Hintergrund.
- Im Hauptteil werden die wichtigsten Passagen **aus den Entscheidungsgründen** im Originalwortlaut wiedergegeben.

Die gesamte Darstellung der Entscheidungen orientiert sich an dem Werk „Entscheidungen des EuGH – Kommentierte Studienausswahl“, herausgegeben von Prof. Dr. M. Pechstein. Das Projekt DeLuxe versteht sich daher als stets aktuelle Ergänzung zu diesem Buch.

Viel Erfolg mit DeLuxe!

Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
Vorwort zur dreizehnten Auflage	III	
Inhaltsverzeichnis	XIII	
Abkürzungsverzeichnis	XXIX	

1. Kapitel Der Begriff des Europarechts und die

Entwicklung der europäischen Integration	1	1
I. Zum Begriff des Europarechts	1	1
II. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses . .	2	3
1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften	2	3
2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration	3	7
3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration	4	10
4. Maastrichter Vertrag 1992	5	13
5. Amsterdamer Vertrag 1997	6	16
6. Vertrag von Nizza 2001	7	18
7. Auflösung der EGKS 2002	7	19
8. Erweiterung der Europäischen Union	7	20
9. Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004	9	23
10. Vertrag von Lissabon 2007	9	24
11. Austritt Großbritanniens	11	30

2. Kapitel Die Europäische Union

I. Die Architektur der Europäischen Union	15	33
1. Struktur und Charakteristik des Unionsrechts	15	33
2. Die materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot	21	46
3. Die institutionelle Verbundsicherung durch den institutionellen Rahmen	22	50

X Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
4. Völkerrechtssubjektivität und völkerrechtliche Handlungsfähigkeit der Europäischen Union	23	52
II. Die Verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	28	63
1. Grundregeln	28	63
2. Verfahren	29	65
III. Die EU-Vertragsänderung	31	68
1. Die unionsvertraglichen Änderungsverfahren	31	68
2. Nichtförmliche Vertragsänderungen nach allgemeinem Völkerrecht	35	77
IV. Der Beitritt zur Europäischen Union	35	78
1. Die Beitrittsvoraussetzungen	35	78
2. Das Beitrittsverfahren	36	82
3. Die Beitrittswirkung	37	84
V. Austritt, Ausschluss und Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	38	85
1. Der Austritt aus der Europäischen Union	38	85
2. Der Ausschluss aus der Europäischen Union	40	90
3. Die Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	41	91
VI. Institutionelle Struktur der Europäischen Union	44	100
1. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten	44	100
2. Die Unionsorgane	87	195
3. Rechtsetzungsverfahren	127	310
4. Rechtsquellen der Europäischen Union	138	345
5. Vollzug des Unionsrechts	180	438
6. Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union	185	452
7. Rechtsschutz vor den mitgliedstaatlichen Gerichten	237	576
8. Haftung der Europäischen Union	242	583
9. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	250	599
3. Kapitel Materielle Gewährleistungen des Unionsrechts	263	625
I. Die Grundrechte des Unionsrechts	263	625
1. Notwendigkeit und Entwicklung unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	263	625
2. Abgrenzung zu sonstigen Gewährleistungen des Unionsrechts	266	629
3. Die Europäische Grundrechte-Charta	266	630
4. Die Herleitung der Unionsgrundrechte aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	268	635

	Seite	Rn.
5. Funktionen der Unionsgrundrechte	269	636
6. Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	270	638
7. Der Schutzbereich der Unionsgrundrechte	284	665
8. Eingriff in Unionsgrundrechte	285	669
9. Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen	286	671
10. Das Verhältnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention	289	680
11. Das Verhältnis zum Recht der Vereinten Nationen	294	694
12. Prüfungsschema zu den Unionsgrundrechten	296	696
II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit nach Art. 18 AEUV	297	697
1. Schutzbereich	299	701
2. Diskriminierung	304	712
3. Rechtfertigung	307	716
4. Prüfungsschema zum allgemeinen Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	310	719
III. Die Unionsbürgerschaft und die Unionsbürgerrechte	310	720
1. Die Unionsbürgerschaft	310	720
2. Unionsbürgerliches Freizügigkeitsrecht	316	731
3. Kommunalwahlrecht	333	753
4. Wahlrecht zum Europäischen Parlament	334	757
5. Diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger	337	761
6. Petitions- und Beschwerderecht	338	766
7. Bürgerinitiative	341	776
IV. Die Grundfreiheiten des AEUV	342	778
1. Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten	342	778
2. Sekundärrechtliche Ausgestaltung des Binnenmarktes	343	780
3. Struktur und Konvergenz der Grundfreiheiten	347	785
4. Prüfungsschema für die Grundfreiheiten	364	810
5. Freiheit des Warenverkehrs	365	811
6. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	394	866
7. Niederlassungsfreiheit	415	912
8. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	443	955
9. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	470	1004
4. Kapitel Ausgewählte interne Politiken der Europäischen Union	487	1033
I. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	487	1033
1. Allgemeine Bestimmungen	487	1033
2. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	488	1037

XII Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
3. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	494	1049
4. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	496	1051
5. Polizeiliche Zusammenarbeit	501	1061
II. Wettbewerbskontrolle	503	1066
1. Wettbewerbspolitik	503	1066
2. Unternehmensgerichtete Wettbewerbsvorschriften	509	1073
3. Beihilfenkontrolle	563	1162
4. Wettbewerbskontrolle im Bereich mitgliedstaatlicher Daseinsvorsorge	607	1237
5. Kapitel Auswärtige Politiken der Europäischen Union	621	1260
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	621	1260
1. Grundlagen und Ziele der GASP	621	1260
2. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)	623	1264
3. Die Handlungsformen der GASP	625	1269
4. Institutionen der GASP	627	1275
5. Die Finanzierung der GASP	629	1281
II. Assoziierungspolitik	630	1282
1. Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	630	1282
2. Der Abschluss von Assoziierungsabkommen	630	1283
III. Gemeinsame Handelspolitik	632	1287
1. Die Reichweite der Außenhandelskompetenz der Europäischen Union	633	1288
2. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation	634	1290
3. Handelsembargos der Europäischen Union	635	1293
Ausgewählte Literaturempfehlungen	639	
I. Lehrbücher	639	
II. Handbücher und Kommentare	640	
III. Text- und Entscheidungssammlungen	641	
IV. www-Adressen	641	
Sachverzeichnis	643	

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
Vorwort zur dreizehnten Auflage	V	
Inhaltsübersicht	IX	
Abkürzungsverzeichnis	XXIX	

1. Kapitel Der Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Integration

I. Zum Begriff des Europarechts

II. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses

1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften	2	3
2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration	3	7
3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration	4	10
4. Maastrichter Vertrag 1992	5	13
5. Amsterdamer Vertrag 1997	6	16
6. Vertrag von Nizza 2001	7	18
7. Auflösung der EGKS 2002	7	19
8. Erweiterung der Europäischen Union	7	20
9. Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004	9	23
10. Vertrag von Lissabon 2007	9	24
11. Austritt Großbritanniens	11	30

2. Kapitel Die Europäische Union

I. Die Architektur der Europäischen Union

1. Struktur und Charakteristik des Unionsrechts	15	33
a) Von der Tempelkonstruktion zur einheitlichen Union	15	33
b) Die Union als Staatenverbund	17	37
c) Die Charakteristik des supranationalen Unionsrechts	18	39

XIV Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
d) Der intergouvernementale Charakter des Unionsrechts im Bereich der GASP	19	42
2. Die materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot	21	46
3. Die institutionelle Verbundsicherung durch den institutionellen Rahmen	22	50
4. Völkerrechtssubjektivität und völkerrechtliche Handlungs- fähigkeit der Europäischen Union	23	52
a) Die Völkerrechtssubjektivität der Europäischen Union . .	23	52
b) Die Vertragsschlusskompetenzen der Europäischen Union	24	54
c) Das Vertragsschlussverfahren	26	59
d) Die Deliktsfähigkeit der Europäischen Union	27	61
e) Das Gesandtschaftsrecht der Europäischen Union	27	62
II. Die Verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	28	63
1. Grundregeln	28	63
2. Verfahren	29	65
III. Die EU-Vertragsänderung	31	68
1. Die unionsvertraglichen Änderungsverfahren	31	68
a) Das ordentliche Änderungsverfahren	31	69
b) Die vereinfachten Änderungsverfahren	32	73
aa) Das vereinfachte Verfahren nach Art. 48 Abs. 6 EUV	32	73
bb) Das Brückenverfahren nach Art. 48 Abs. 7 EUV . . .	33	74
c) Kein änderungsfester Kern des Unionsrechts	34	76
2. Nichtförmliche Vertragsänderungen nach allgemeinem Völkerrecht	35	77
IV. Der Beitritt zur Europäischen Union	35	78
1. Die Beitrittsvoraussetzungen	35	78
2. Das Beitrittsverfahren	36	82
3. Die Beitrittswirkung	37	84
V. Austritt, Ausschluss und Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	38	85
1. Der Austritt aus der Europäischen Union	38	85
2. Der Ausschluss aus der Europäischen Union	40	90
3. Die Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	41	91
VI. Institutionelle Struktur der Europäischen Union	44	100
1. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten	44	100
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen der EU-Mitgliedschaft nach dem Grundgesetz	44	100
aa) Die Öffnung der deutschen Rechtsordnung	44	101

	Seite	Rn.
bb) Anforderungen an die Struktur der Europäischen Union	47	105
(α) Effektiver Grundrechtsschutz auf Unionsebene	47	106
(β) Die Weiterentwicklung der Demokratie auf Unionsebene	48	108
b) Verfassungsrechtliche Grenzen des Ausbaus der Union	50	114
aa) Unantastbarkeit der souveränen Staatlichkeit Deutschlands	52	118
bb) Beachtung des föderalen Prinzips beim Ausbau der EU	52	119
cc) Bewahrung der innerstaatlichen Demokratie	54	122
c) Überwachung der Integrationsgrenzen durch das BVerfG	55	123
aa) Identitätskontrolle	57	126
bb) Ultra-vires-Kontrolle	58	129
cc) Die Grundrechtskontrolle	60	135
dd) Unanwendbarkeit des Rechts der Europäischen Union	62	137
ee) Vorherige Vorlage an den Europäischen Gerichtshof	63	140
ff) Entscheidungsmonopol des Bundesverfassungsgerichts	64	142
d) Unionsrecht und Recht der Mitgliedstaaten	65	144
aa) Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten	65	144
bb) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	67	151
cc) Kompetenzergänzungsbestimmung und „implied powers“	70	157
dd) Subsidiaritätsprinzip	71	160
ee) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	75	171
ff) Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts	76	175
gg) Das Gebot unionsrechtskonformer Auslegung und Fortbildung nationalen Rechts	82	186
e) Pflicht zur Unionstreue	84	189
f) Schutz- und Notstandsklauseln	85	191
g) Notbremsemechanismus	85	193
2. Die Unionsorgane	87	195
a) Überblick	87	195
b) Institutionelles Gleichgewicht	88	198
c) Europäisches Parlament	88	200
aa) Zusammensetzung und Organisation des Parlaments	89	201
bb) Aufgaben des Parlaments	95	216
cc) Beschlussfassung	97	224

	Seite	Rn.
d) Europäischer Rat	98	226
aa) Zusammensetzung und Organisation des Europäischen Rates	98	227
bb) Aufgaben des Europäischen Rates	99	231
cc) Beschlussfassung	100	233
e) Rat	101	235
aa) Zusammensetzung und Organisation des Rates	101	236
bb) Aufgaben des Rates	104	242
cc) Beschlussfassung	105	244
(α) Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit	105	245
(β) Einstimmige Beschlussfassung	107	250
f) Europäische Kommission	107	252
aa) Zusammensetzung und Organisation der Kommission	108	253
bb) Aufgaben der Kommission	113	266
cc) Beschlussfassung	114	270
dd) Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik	114	271
g) Gerichtshof der Europäischen Union	116	275
aa) Gerichtshof	116	277
bb) Gericht	118	284
cc) Fachgerichte	120	289
h) Europäische Zentralbank	121	290
i) Rechnungshof	122	296
j) Institutionen der Europäischen Union	123	298
aa) Wirtschafts- und Sozialausschuss	123	299
bb) Ausschuss der Regionen	124	302
cc) Europäische Investitionsbank	125	306
k) Einrichtungen und sonstige Stellen der Europäischen Union	126	307
3. Rechtsetzungsverfahren	127	310
a) Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	129	315
b) Besondere Gesetzgebungsverfahren	131	323
aa) Anhörungsverfahren	132	326
bb) Zustimmungsverfahren	133	328
c) Der Erlass von delegierten Rechtsakten und Durchfüh- rungsrechtsakten	133	329
aa) Delegierte Rechtsakte	134	330
bb) Durchführungsrechtsakte	134	331
(α) Beratungsverfahren	136	338
(β) Prüfverfahren	136	339
d) Beschlussverfahren im Rahmen der GASP	137	342

	Seite	Rn.
e) Sonstige in den Verträgen vorgesehene Rechtsetzungsverfahren	138	344
4. Rechtsquellen der Europäischen Union	138	345
a) Zur Rechtsnatur des Unionsrechts	138	345
b) Primäres supranationales Unionsrecht	141	349
c) Abgeleitetes supranationales Unionsrecht	144	358
aa) Verordnungen	147	364
bb) Richtlinien	148	366
(α) Die Verbindlichkeit für die Mitgliedstaaten	149	367
(β) Unmittelbare Wirkung	151	371
(γ) Das Gebot richtlinienkonformer Auslegung und Fortbildung nationalen Rechts	157	383
cc) Beschlüsse	159	388
dd) Empfehlungen und Stellungnahmen	162	395
ee) Protokollerklärungen	163	397
ff) Austauschbarkeit der Rechtsakte	163	398
gg) Formerfordernisse und Inkrafttreten von Sekundärrecht	164	400
hh) Aufhebung	167	409
ii) Durchsetzung	168	412
d) Europäisches Gewohnheitsrecht	170	415
e) Allgemeine Rechtsgrundsätze	171	419
f) Völkergewohnheitsrecht	172	422
g) Völkerrechtliche Verträge	174	430
5. Vollzug des Unionsrechts	180	438
a) Formen des Vollzugs	180	438
b) Verwaltungsorganisation bezüglich des Vollzugs	180	440
c) Verwaltungsverfahren	181	442
6. Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union	185	452
a) Stellung und Aufgaben des Gerichtshofs	185	452
b) Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG	187	459
aa) Sachliche Zuständigkeiten des EuG	187	459
bb) Sachliche Zuständigkeiten des EuGH	188	461
cc) Verweisung bei Unzuständigkeit und Aussetzung des Verfahrens	189	463
c) Verfahrensablauf vor dem Europäischen Gerichtshof und dem Gericht	189	465
d) Die einzelnen Verfahrensarten	191	471
aa) Vertragsverletzungsverfahren	191	471
(α) Funktion der Vertragsverletzungsverfahren	191	471
(β) Zulässigkeit der Vertragsverletzungsklage	192	474
(γ) Begründetheit der Vertragsverletzungsklage	195	483

	Seite	Rn.
(δ) Urteilswirkungen im Vertragsverletzungs- verfahren	198	490
(ε) Prüfungsschemata zu den Vertragsverletzungs- verfahren	199	491
bb) Nichtigkeitsklage	201	493
(α) Funktion der Nichtigkeitsklage	201	493
(β) Zulässigkeit der Nichtigkeitsklage	202	496
(γ) Begründetheit der Nichtigkeitsklage	211	521
(δ) Urteilswirkungen im Nichtigkeitsverfahren	212	523
(ε) Prüfungsschema zur Nichtigkeitsklage	212	524
cc) Untätigkeitsklage	214	525
(α) Funktion der Untätigkeitsklage	214	525
(β) Zulässigkeit der Untätigkeitsklage	215	526
(γ) Begründetheit der Untätigkeitsklage	218	536
(δ) Urteilswirkungen im Untätigkeitsverfahren	218	537
(ε) Prüfungsschema zur Untätigkeitsklage	219	538
dd) Amtshaftungsklage	221	539
(α) Funktion der Amtshaftungsklage	221	539
(β) Zulässigkeit der Amtshaftungsklage	221	540
(γ) Begründetheit der Amtshaftungsklage	223	547
(δ) Urteilswirkungen im Amtshaftungsverfahren	223	548
(ε) Prüfungsschema zur Amtshaftungsklage	224	549
ee) Vorabentscheidungsverfahren	225	550
(α) Funktion des Vorabentscheidungsverfahrens	225	550
(β) Annahmefähigkeit der Vorlagefrage („Zulässigkeit“)	226	551
(γ) Beantwortung der Vorlagefrage durch Urteil des EuGH	231	563
(δ) Rechtswirkungen des Vorabentscheidungsurteils	231	564
(ε) Prüfungsschema zum Vorabentscheidungs- verfahren	232	565
ff) Rechtsmittelverfahren	234	566
gg) Sonstige Verfahren vor den Unionsgerichten	236	573
(α) Entscheidungen aufgrund einer Schiedsklausel	236	573
(β) Gutachten	236	574
(γ) Inzidenträge	236	575
7. Rechtsschutz vor den mitgliedstaatlichen Gerichten	237	576
a) Grundsatz der nationalen Verfahrensautonomie	237	576
b) Grenzen der nationalen Verfahrensautonomie	238	578
8. Haftung der Europäischen Union	242	583
a) Vertragliche Haftung	242	583

	Seite	Rn.
b) Außervertragliche Haftung	243	585
aa) Amtshandlung eines Unionsorgans oder -bediensetzten	243	586
bb) Rechtswidrigkeit der Amtshandlung	244	588
cc) Haftung für rechtmäßiges Unionshandeln	245	589
dd) Schutznormverletzung	245	590
ee) Schaden	247	592
ff) Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden	247	593
gg) Verschuldensunabhängigkeit des Anspruchs	248	594
hh) Rechtsfolge	248	595
ii) Verjährung	249	596
c) Haftung der Bediensteten	249	597
9. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	250	599
a) Herleitung des Haftungsanspruchs	250	600
b) Anspruchsvoraussetzungen	251	603
aa) Mitgliedstaatlicher Verstoß gegen Unionsrecht	252	604
bb) Verleihung subjektiver Rechte	254	610
cc) Hinreichende Qualifikation des Verstoßes	254	611
(α) Hinreichende Qualifikation eines Verstoßes gegen Unionsrecht bei der Richtlinienumsetzung	256	616
(β) Hinreichende Qualifikation eines Verstoßes gegen Unionsrecht bei judikativem Unrecht	257	617
dd) Kausalität zwischen Unionsrechtsverstoß und Schaden	258	618
c) Rechtsfolge	259	620
d) Verjährung	260	623
e) Prüfungsschema für den unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruch	261	624
3. Kapitel Materielle Gewährleistungen des Unionsrechts	263	625
I. Die Grundrechte des Unionsrechts	263	625
1. Notwendigkeit und Entwicklung unionsrechtlicher Grundrechtsschutzes	263	625
2. Abgrenzung zu sonstigen Gewährleistungen des Unionsrechts	266	629
3. Die Europäische Grundrechte-Charta	266	630
4. Die Herleitung der Unionsgrundrechte aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	268	635
5. Funktionen der Unionsgrundrechte	269	636

	Seite	Rn.
6. Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	270	638
a) Die Bindung der Unionsorgane, -einrichtungen und sonstigen Stellen	271	639
b) Die Bindung der Mitgliedstaaten	271	640
aa) Die grundsätzliche Bindung bei der Durchführung von Unionsrecht	271	640
bb) Die Bindung bei vollvereinheitlichem Unionsrecht	273	642
cc) Die Bindung bei gestaltungsoffenem Unionsrecht . .	274	644
dd) Die Unionsgrundrechte als Prüfungsmaßstab des BVerfG	280	658
ee) Die Vorlagepflicht des BVerfG und der letztinstanz- lichen Fachgerichte nach Art. 267 Abs. 3 AEUV . . .	282	663
c) Bindung Privater (Drittwirkung)?	282	664
7. Der Schutzbereich der Unionsgrundrechte	284	665
a) Die sachlichen Bereiche des unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	284	665
b) Der persönliche Schutzbereich der Unionsgrundrechte . .	285	668
8. Eingriff in Unionsgrundrechte	285	669
9. Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen	286	671
a) Rechtfertigung von Eingriffen in Freiheits- gewährleistungen	286	672
aa) Gesetzliche Grundlage	286	672
bb) Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes	287	675
cc) Verhältnismäßigkeit der Grundrechtsbeschränkung	287	676
dd) Wahrung des Wesensgehalts des Grundrechts	288	677
b) Rechtfertigung von Eingriffen in Gleichheitsrechte	288	678
10. Das Verhältnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention	289	680
a) Die Rechtslage vor dem Beitritt zur EMRK	289	680
b) Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK	291	683
aa) Inhalt des Entwurfs eines Beitrittsabkommens	291	684
bb) Das EuGH-Gutachten zum Entwurf eines Beitrittsabkommens	293	690
11. Das Verhältnis zum Recht der Vereinten Nationen	294	694
12. Prüfungsschema zu den Unionsgrundrechten	296	696

**II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aus Gründen
der Staatsangehörigkeit nach Art. 18 AEUV**

1. Schutzbereich	299	701
a) Persönlicher Schutzbereich	299	701
b) Sachlicher Schutzbereich	300	702
aa) Anwendungsbereich des AEUV	300	703
bb) Anwendungsbereich des EUV	303	709
cc) Verselbstständigte Anwendung des Art. 18 AEUV . .	304	711

	Seite	Rn.
2. Diskriminierung	304	712
3. Rechtfertigung	307	716
4. Prüfungsschema zum allgemeinen Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	310	719
III. Die Unionsbürgerschaft und die Unionsbürgerrechte	310	720
1. Die Unionsbürgerschaft	310	720
a) Die Unionsbürgerschaft als föderales Angehörigkeits- verhältnis	310	720
b) Die Unionsbürgerschaft als subjektives Recht	312	724
c) Prüfungsschema zur Unionsbürgerschaft, Art. 20 AEUV	316	730
2. Unionsbürgerliches Freizügigkeitsrecht	316	731
a) Unmittelbare Beeinträchtigungen der Rechte auf Bewegung und Aufenthalt	319	733
aa) Schutzbereich	319	733
bb) Eingriff	321	737
cc) Rechtfertigung	322	738
b) Sonstige Beeinträchtigungen der Freizügigkeit	326	744
aa) Anwendungsbereich	326	744
bb) Beeinträchtigungen der Freizügigkeit	327	746
cc) Rechtfertigung	329	749
c) Freizügigkeitsrelevantes Sekundärrecht	330	750
d) Prüfungsschema zur unionsbürgerlichen Freizügigkeit, Art. 21 Abs. 1 AEUV	331	752
3. Kommunalwahlrecht	333	753
4. Wahlrecht zum Europäischen Parlament	334	757
5. Diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger	337	761
6. Petitions- und Beschwerderecht	338	766
a) Petitionen zum Europäischen Parlament	338	766
b) Anrufung des Bürgerbeauftragten	339	769
c) Schriftliche Eingaben an die Organe und die beratenden Einrichtungen der Union	340	775
7. Bürgerinitiative	341	776
IV. Die Grundfreiheiten des AEUV	342	778
1. Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten	342	778
2. Sekundärrechtliche Ausgestaltung des Binnenmarktes	343	780
a) Funktionen des Sekundärrechts	343	780
b) Vorrangige Prüfung des Sekundärrechts	345	782
3. Struktur und Konvergenz der Grundfreiheiten	347	785
a) Überblick	347	785
b) Schutzbereich	347	786

	Seite	Rn.
c) Eingriff	349	788
aa) Verpflichtungsadressaten	349	788
bb) Diskriminierung	351	791
cc) Beschränkung	353	794
d) Rechtfertigung	357	799
e) Rechtsfolgen	362	806
4. Prüfungsschema für die Grundfreiheiten	364	810
5. Freiheit des Warenverkehrs	365	811
a) Die Zollunion	366	812
b) Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung	368	818
aa) Schutzbereich	368	818
(α) Sachlicher Schutzbereich	368	818
(β) Persönlicher Schutzbereich	370	826
bb) Eingriff	371	827
(α) Handlung eines Verpflichtungsadressaten/ Schutzpflicht	371	827
(β) Mengengmäßige Ein- und Ausfuhr- beschränkungen	373	831
(γ) Maßnahmen gleicher Wirkung	375	833
(αα) Ausgangspunkt: <i>Dassonville</i> -Formel und <i>Cassis</i> -Rechtsprechung	375	833
(ββ) Einschränkung der <i>Dassonville</i> -Formel durch die <i>Keck</i> -Formel	379	838
(γγ) Anwendung der <i>Keck</i> -Formel bei Nutzungsmodalitäten?	383	844
(δδ) Übergang zu einer Neuen Formel?	384	845
cc) Rechtfertigung	387	847
(α) Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV	387	847
(β) Rechtfertigungsgründe nach der <i>Cassis</i> -Recht- sprechung	390	857
(γ) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes	392	862
c) Umformung der staatlichen Handelsmonopole	393	863
6. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	394	866
a) Schutzbereich	395	867
aa) Sachlicher Schutzbereich	395	868
(α) Begriff des Arbeitnehmers	395	868
(β) Grenzüberschreitung	398	873
(γ) Aufenthalts- und Bewegungsrecht	399	874
(δ) Bereichsausnahme für die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung	399	876

	Seite	Rn.
bb) Persönlicher Schutzbereich	401	878
cc) Zeitlicher Schutzbereich	402	881
b) Eingriff	403	882
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	403	882
bb) Beeinträchtigungen	404	885
(α) Diskriminierungen	404	886
(β) Beschränkungen	407	891
(γ) Einschränkungen nach den Grundsätzen der <i>Keck</i> - und der <i>ANETT</i> -Rechtsprechung?	409	896
c) Rechtfertigung	410	898
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 45 Abs. 3 AEUV	410	899
bb) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	411	902
cc) Rechtfertigung unter Berufung auf Grundrechte	412	905
(α) Staatliche Schutzpflicht zugunsten privater Grundrechtsausübung	412	905
(β) Private Grundrechtsausübung	413	906
(γ) Praktische Konkordanz	414	907
dd) Rechtfertigung privater Eingriffe durch „sachliche Gründe“	414	908
ee) Schranken-Schranken	414	909
d) Maßnahmen der Union zur Herstellung der Freizügigkeit und sozialen Sicherheit	415	910
7. Niederlassungsfreiheit	415	912
a) Schutzbereich	416	913
aa) Sachlicher Schutzbereich	416	914
(α) Der Begriff der Niederlassung	416	914
(β) Grenzüberschreitender Bezug	418	917
(γ) Bereichsausnahme für die Ausübung öffentlicher Gewalt	419	918
bb) Persönlicher Schutzbereich	420	919
(α) Natürliche Personen	420	919
(β) Juristische Personen	421	922
(αα) Beeinträchtigung durch den Gründungs- mitgliedstaat (Wegzugskonstellation)	423	926
(ββ) Beeinträchtigung durch den Aufnahme- mitgliedstaat (Zuzugskonstellation)	424	927
(γγ) Zusammenfassung	426	929
(δδ) Grenzfälle	426	930
(εε) Unionsrechtliche Gesellschaftsformen	429	933
b) Eingriff	431	937
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	431	937

	Seite	Rn.
bb) Diskriminierung	432	938
cc) Beschränkung durch unterschiedslose Maßnahmen . .	434	943
c) Rechtfertigung	436	945
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 52 Abs. 1 AEUV . .	436	945
bb) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe nach der Gebhard-Formel	437	948
cc) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechtsschutzes und Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten	439	950
dd) Schranken-Schranken	440	951
d) Die sekundärrechtlichen Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien	441	953
aa) Die einheitliche Anerkennungsrichtlinie für Berufsqualifikationen	441	953
bb) Koordinierungsrichtlinien außerhalb der Anerkennung von Berufsqualifikationen	442	954
8. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	443	955
a) Schutzbereich	444	956
aa) Sachlicher Schutzbereich	444	957
(α) Begriff der Dienstleistung	444	957
(β) Grenzüberschreitung/Modalitäten der Dienstleistungsfreiheit	448	965
(γ) Aufenthalts- und Bewegungsrecht	449	967
(δ) Bereichsausnahme für die Ausübung hoheitlicher Gewalt	450	968
bb) Persönlicher Schutzbereich	450	969
b) Eingriff	452	973
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	452	973
bb) Beeinträchtigungen	452	974
(α) Diskriminierung	454	976
(β) Beschränkung	458	983
(γ) Einschränkungen nach den Grundsätzen der <i>Keck</i> - und der <i>ANETT</i> -Rechtsprechung?	460	985
c) Rechtfertigung	462	989
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 62 i. V. m. Art. 52 Abs. 1 AEUV	462	989
bb) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	463	992
cc) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes und Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten	464	995
dd) Schranken-Schranken	465	996

	Seite	Rn.
d) Die sekundärrechtlichen Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien	466	997
aa) Anerkennung von Berufsqualifikationen	467	998
bb) Die Dienstleistungsrichtlinie	468	999
9. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	470	1004
a) Verbot der Beschränkung des Kapital- und Zahlungsverkehrs	470	1004
aa) Schutzbereiche	471	1005
(α) Sachlicher Schutzbereich der Kapitalverkehrs-freiheit	471	1005
(β) Sachlicher Schutzbereich der Zahlungsverkehrs-freiheit	475	1012
(γ) Persönlicher, räumlicher und zeitlicher Schutzbereich der Kapital- und Zahlungsverkehrs-freiheit	476	1013
bb) Eingriff	476	1014
(α) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	476	1014
(β) Einheitlicher Beschränkungs-begriff	476	1015
cc) Rechtfertigung	478	1018
(α) Geschriebene Rechtfertigungsgründe	479	1019
(αα) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 1 lit. a AEUV	479	1019
(ββ) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 1 lit. b AEUV	480	1021
(γγ) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 2 AEUV	482	1025
(β) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	482	1027
(γ) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts-schutzes und Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten	484	1030
dd) Die sekundärrechtliche Ausgestaltung des Kapital- und Zahlungsverkehrs	484	1031
b) Schutz- und Embargomaßnahmen	485	1032

4. Kapitel Ausgewählte interne Politiken der Europäischen Union 487 1033

I. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	487	1033
1. Allgemeine Bestimmungen	487	1033
2. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	488	1037
3. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	494	1049

	Seite	Rn.
4. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	496	1051
a) Grundlagen und Ziele	496	1051
b) Gegenseitige Anerkennung in Strafsachen	496	1052
c) Eurojust	499	1057
d) Europäische Staatsanwaltschaft	500	1060
5. Polizeiliche Zusammenarbeit	501	1061
a) Grundlagen und Ziele	501	1061
b) Handlungsfelder der polizeilichen Zusammenarbeit	502	1063
aa) Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 2 AEUV	502	1063
bb) Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 3 AEUV	502	1064
cc) Völkerrechtliche Übereinkommen nach Art. 37 EUV	503	1065
II. Wettbewerbskontrolle	503	1066
1. Wettbewerbspolitik	503	1066
a) Kurzüberblick	503	1066
b) Das Schutzgut „Wettbewerb“	504	1068
2. Unternehmensgerichtete Wettbewerbsvorschriften	509	1073
a) Kartellverbot – Art. 101 AEUV	509	1073
aa) Verbot mit Legalausnahme und anschließender Kontrolle	509	1073
bb) Normadressaten des Kartellverbots	510	1076
(α) Unternehmen	510	1076
(β) Öffentliche und mit ausschließlichen oder besonderen Rechten ausgestattete Unternehmen (Art. 106 Abs. 1 AEUV)	515	1084
(γ) Mitgliedstaaten	517	1087
cc) Erfasste Verhaltensweisen	520	1089
dd) Wettbewerbsverfälschung	522	1094
ee) Spürbarkeit und Zwischenstaatlichkeit	526	1098
ff) Die Ausnahmevorschrift des Art. 101 Abs. 3 AEUV	526	1100
gg) Die Kommissionsbefugnisse (Kartellverfahrensverordnung 1/2003) und die zivilrechtlichen Folgen	529	1103
b) Missbrauchsaufsicht – Art. 102 AEUV	535	1111
aa) Marktbeherrschende Stellung	535	1113
(α) Marktabgrenzung	536	1114
(β) Marktbeherrschung	539	1121
bb) Missbräuchliche Ausnutzung	543	1128
c) Sektorspezifische Wettbewerbsbestimmungen	553	1146
d) Fusionskontrolle	556	1149

	Seite	Rn.
e) Anwendungsbereich der EU-Wettbewerbsregeln, Kollision mit mitgliedstaatlichem Wettbewerbsrecht und Zusammenarbeit der nationalen Wettbewerbsbehörden mit der Kommission	561	1157
aa) Anwendungsbereich der EU-Wettbewerbsregeln . . .	561	1157
bb) Kollision mit mitgliedstaatlichem Wettbewerbsrecht	561	1158
cc) Zusammenarbeit der nationalen Wettbewerbs- behörden mit der Kommission	562	1160
3. Beihilfenkontrolle	563	1162
a) Bedeutung und Struktur des EU-Beihilfenrechts	563	1162
b) Der Verbotstatbestand der Art. 107 Abs. 1, Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV	566	1166
aa) Begünstigung	567	1168
bb) Staatlich oder aus staatlichen Mitteln gewährt	575	1183
cc) Bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige – Selektivität	581	1193
dd) Verfälschung des Wettbewerbs	589	1201
ee) Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels . .	590	1203
c) Ausnahmen vom Beihilfenverbot	591	1205
aa) Legalausnahmen – Art. 107 Abs. 2 AEUV	593	1209
bb) Ausnahmen, die im Ermessen der Kommission stehen – Art. 107 Abs. 3 AEUV	594	1210
d) Verfahren der Beihilfenaufsicht	599	1219
4. Wettbewerbskontrolle im Bereich mitgliedstaatlicher Daseinsvorsorge	607	1237
a) Die Bereichsausnahmevorschrift des Art. 106 Abs. 2 AEUV	607	1237
b) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	608	1239
c) Betrauungsakt	611	1243
d) Verhinderung der Aufgabenerfüllung	613	1246
e) Staatliche Ausgleichszahlungen für die Erbringung von DAWI	614	1248
aa) Der Ausschluss des Beihilfentatbestandes nach den <i>Altmark</i> -Voraussetzungen	615	1249
bb) Das DAWI-Paket (<i>Almunia</i> -Paket)	616	1251
f) Die Kommissionsbefugnisse gegenüber den Adressaten der Absätze 1 und 2 des Art. 106 AEUV (Art. 106 Abs. 3 AEUV)	619	1258

	Seite	Rn.
5. Kapitel Auswärtige Politiken der Europäischen Union	621	1260
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	621	1260
1. Grundlagen und Ziele der GASP	621	1260
2. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)	623	1264
3. Die Handlungsformen der GASP	625	1269
4. Institutionen der GASP	627	1275
5. Die Finanzierung der GASP	629	1281
II. Assoziierungspolitik	630	1282
1. Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	630	1282
2. Der Abschluss von Assoziierungsabkommen	630	1283
III. Gemeinsame Handelspolitik	632	1287
1. Die Reichweite der Außenhandelskompetenz der Europäi- schen Union	633	1288
2. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation	634	1290
3. Handelsembargos der Europäischen Union	635	1293
Ausgewählte Literaturempfehlungen	639	
I. Lehrbücher	639	
II. Handbücher und Kommentare	640	
III. Text- und Entscheidungssammlungen	641	
IV. www-Adressen	641	
Sachverzeichnis	643	

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere/r Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABLEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABLEU	Amtsblatt der Europäischen Union
ABLEWG	Amtsblatt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
Abs.	Absatz
ACER	European Agency for the Cooperation of Energy Regulators
AdR	Ausschuss der Regionen
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AfP	Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AG	Amtsgericht
Alt.	Alternative
AMG	Arzneimittelgesetz
Anm.	Anmerkung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
AVR	Archiv des Völkerrechts
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
ber.	berichtigt
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BRJ	Bundesrepublik Jugoslawien
BSE	Bovine Spongiforme Enzephalopathie („Rinderwahnsinn“)
BSG	Bundessozialgericht

XXX Abkürzungsverzeichnis

bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BT-StenBer.	Stenographische Berichte des Bundestags
Bull.BReg.	Bulletin der Bundesregierung
Bull.EU	Bulletin der Europäischen Union
BV	Besloten Vennootschap met beperkte aansprakelijkheid
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVVG	Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH
BWGZ	Die Gemeinde (Verbandszeitschrift des Gemeindetags Baden-Württemberg)
bzw.	beziehungsweise
CB	Compliance Berater (Zeitschrift)
CDE	Cahiers de Droit Européen
CERN	Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
CMLR	Common Market Law Review
COM	Documents of the European Commission
COREPER	Comité des Représentants Permanents des États Membres
COSAC	Conférence des Organismes Spécialisés dans les Affaires Communautaires
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
DAWI	Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe/n
Die Verwaltung	Die Verwaltung (Zeitschrift)
DRiG	Deutsches Richtergesetz
Diss.	Dissertation
Dok.	Dokument
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGCP	Economic Advisory Group for Competition Policy
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
ebda.	ebenda
EBIG	Gesetz zur Europäischen Bürgerinitiative
ECLI	European Case Law Identifier
ECLR	European Competition Law Review

ECN	European Competition Network (Europäisches Wettbewerbsnetz)
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft/en
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EJIL	European Journal of International Law
EL	Ergänzungslieferung
ELJ	European Law Journal
ELR	European Law Reporter (Zeitschrift)
ELRev.	European Law Review
EMA	Europäische Arzneimittel-Agentur
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
ENKP	Europäisches Netz zur Kriminalprävention
EP	Europäisches Parlament
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EPRA	European Parliament Representation Act
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
EStAL	European State Aid Law Quarterly
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUA	Europäische Umweltagentur
EuG	Europäisches Gericht (erster Instanz)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGH-Satzung	Protokoll über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union
EuGöD	Europäisches Gericht für den öffentlichen Dienst
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuHbG	Europäisches Haftbefehlsgesetz
EUMC	European Union Military Committee
EUMS	European Union Military Staff
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
Eurodac	European Dactyloscopy; System für den Vergleich von Fingerabdrücken zum Zwecke der effektiven Anwendung des Dubliner Übereinkommens
Eurojust	Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit, seit 12.12.2019 Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
Europol	Europäisches Polizeiamt, seit 1.5.2017 Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung
EUROSUR	European Border Surveillance System
EUStA	Europäische Staatsanwaltschaft
EUV	Vertrag über die Europäische Union

XXXII Abkürzungsverzeichnis

EuWG	Europawahlgesetz
EuZ	Zeitschrift für Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EV	Vertrag über eine Verfassung für Europa
EVA	Europäische Verteidigungsagentur
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWI	Europäisches Währungsinstitut
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem/Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
EZB	Europäische Zentralbank
f.; ff.	folgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAO	Food and Agriculture Organization
FKVO	Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“)
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FRA	European Union Agency for Fundamental Rights
FreizügG/EU	Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern
Frontex	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache; früher: Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union
FS	Festschrift
FusV	Fusionsvertrag
GA	Generalanwalt/Generalanwältin
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
geänd.	geändert
gem.	gemäß
GeschO	Geschäftsordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht. Internationaler Teil (Zeitschrift)
GS	Gedächtnisschrift
GSPV	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GZT	Gemeinsamer Zolltarif

HGB	Handelsgesetzbuch
HK-EU	K. Hailbronner/E. Klein/S. Magiera/P.-C. Müller-Graff, Handkommentar zum Vertrag über die Europäische Union (EUV/EGV), Stand: September 1999
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
ICJ	International Court of Justice
i. d. F.	in der Fassung
IGH	Internationaler Gerichtshof
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law
insbes.	insbesondere
IntVG	Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union – Integrationsverantwortungsgesetz
i. S. d.	im Sinne der/des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
IZWTI	Internationales Zentrum für Wissenschaftliche und Technische Information
JA	Juristische Arbeitsblätter
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
Kfz	Kraftfahrzeug
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
KOM	Dokumente der Europäischen Kommission
lit.	litera
Mio.	Millionen
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)
MPCC	Military Planning and Conduct Capability
Mrd.	Milliarden
MRM	Menschenrechtsmagazin
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Number, Numéro
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht

XXXIV Abkürzungsverzeichnis

NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
o. ä.	oder ähnliche/s/r
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
OMT	Outright Monetary Transaction
P	Pechstein, Entscheidungen des EuGH, Kommentierte Studienauswahl, 12. Aufl., Tübingen 2023
PESCO	Permanent Structured Cooperation
PJZS	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
Pkw	Personenkraftwagen
PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
PSPF	Public Sector Purchase Programme
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
RMC	Revue du Marché commun et de l'Union européenne
Rn.	Randnummer/n
Rs.	Rechtssache/n
s.	siehe
S.	Seite/n
s. a.	siehe auch
SAM	State Aid Modernisation
SCE	Societas Cooperativa Europaea
SE	Societas Europaea
SGB	Sozialgesetzbuch
SIEC-Test	Significant Impediment of Effective Competition
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannte/r/s
SPE	Societas Privata Europaea
SSNIP-Test	Small, but significant and nontransitory increase in price
SSZ	Ständige Strukturierte Zusammenarbeit
str.	streitig
SUP	Societas Unius Personae
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
Tz.	Textzahl
TranspRL	Richtlinie (EG) Nr. 2006/111 der Kommission v. 17.11.2006 über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen
TRIPs	Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
u.	und
u. a.	unter anderem/und andere

UAbs.	Unterabsatz
UEFA	Union des Associations Européennes de Football
UKIP	United Kingdom Independence Party
UN	United Nations
Urt.	Urteil
USA	United States of America
v.	vom/von
VA	Verwaltungsakt
verb. Rs.	verbundene Rechtssachen
VerfO	Verfahrensordnung
VerfV	Verfassungsvertrag
VerfVO	Verordnung (EU) Nr. 2015/1589 des Rates v. 13.7.2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
v. H.	vom Hundert
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VO	Verordnung
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen
VOF	Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen
VOL	Verdingungsordnung für Leistungen
VR	Verwaltungsrundschau
vs.	versus
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VW	Volkswagen
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WEU	Westeuropäische Union
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuss
WTO	World Trade Organization
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
www	world wide web
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
z. B.	zum Beispiel
ZBJI	Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer/n

XXXVI Abkürzungsverzeichnis

ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZöR	Zeitschrift für Öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z. T.	zum Teil
zul. ber.	zuletzt berichtigt
zul. geänd.	zuletzt geändert
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht

1. Kapitel

Der Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Integration

I. Zum Begriff des Europarechts

Der Begriff des Europarechts umfasst in einem weiteren Sinn das Recht einer Vielzahl europäischer internationaler Organisationen. Dieses besteht jeweils aus der Gesamtheit von Normen, welche zum einen in den Gründungsverträgen dieser Organisationen enthalten sind (Primärrecht). Zum anderen umfasst das Europarecht auch solche Normen, die erst im Rahmen der primärrechtlichen Verfahrensregeln durch die Organe dieser Organisationen erlassen werden (Sekundärrecht). 1

Europäische internationale Organisationen mit eigener Völkerrechtssubjektivität sind die Europäische Union (EU) sowie die Europäische Atomgemeinschaft (EAG), deren Recht das *Europarecht im engeren Sinn* bildet. Zum *Europarecht im weiteren Sinn* gehört der Europarat mit seinem Schutzsystem der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Auch die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), die am 4. Januar 1960 von sieben, damals nicht den Europäischen Gemeinschaften angehörenden Staaten – Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz – gegründet wurde, ist zum Europarecht im weiteren Sinn zu zählen. Heute gehören der EFTA Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein an, die sich 1992 – mit Ausnahme der Schweiz – mit den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zusammengeschlossen haben. Zum weiteren Kreis der europäischen internationalen Organisationen gehören auch weniger bekannte Zusammenschlüsse, wie z. B. das Internationale Zentrum für wissenschaftliche und technische Information (IZWTI) oder das Europäische Kernforschungszentrum (CERN). 2

II. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses

1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften

- 3 Am 9. Mai 1950 stellte der französische Außenminister *Robert Schuman* den von seinem Mitarbeiter *Jean Monnet* entwickelten Plan einer zunächst funktional auf Kohle und Stahl begrenzten Gemeinschaft wirtschaftlicher Integration vor. Die „Montanunion“ sollte die „erste Etappe der Europäischen Föderation“ sein. Der Plan sah vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Produktion von Kohle und Stahl unter eine gemeinsame oberste Autorität innerhalb einer Organisation zu stellen, die der Mitwirkung anderer Staaten Europas offensteht.
- 4 Der *Schuman-Monnet-Plan* verband Sicherheitsgarantien für Frankreich gegenüber einem wiedererstarkenden Deutschland durch Kontrolle der Schlüsselindustrien der damaligen Zeit mit einer ausbaufähigen Integrationsordnung auf partnerschaftlicher Grundlage. Die Verhandlungen zwischen Frankreich, Italien, Deutschland und den Benelux-Staaten führten am 18. April 1951 in Paris zur Unterzeichnung des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Nach Ratifikation durch die Mitgliedstaaten trat der „*Pariser Vertrag*“ am 23. Juli 1952 in Kraft. Vor dem Hintergrund der Koreakrise und der von amerikanischer Seite begrüßten Wiederbewaffnung Deutschlands legte Frankreich einen Plan für eine *Europäische Verteidigungsgemeinschaft* (EVG) vor. Die Ratifikation des EVG-Vertrags scheiterte jedoch an der Ablehnung durch die französische Nationalversammlung am 30. August 1954. Weiteren Plänen zur Gründung einer umfassenden Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) war damit zunächst die Grundlage entzogen.
- 5 Die Erfahrungen mit der funktionierenden EGKS empfahlen zunächst eine Integrationspolitik in wirtschaftlichen Bereichen und zwar durch funktional begrenzte Gemeinschaften. Auf der Außenministerkonferenz von Messina am 1./2. Juni 1955 kam man überein, zur Ausarbeitung von Vertragsentwürfen für einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Atompolitik einen Ausschuss unter der Leitung des Belgiers *Paul-Henri Spaak* einzusetzen. Sein Abschlussbericht vom 29. Mai 1956 enthielt bereits den Vorschlag verschiedener Stufen des Gemeinsamen Marktes, um Übergangsperioden zu ermöglichen. Darüber hinaus wurden als Gemeinschaftsorgane ein Ministerrat, eine mit eigenen Rechten ausgestattete Europäische Kommission, ein Gerichtshof und eine Parlamentarische Versammlung vorgeschlagen, welche sich aus den bereits vorhandenen Organen der EGKS rekrutieren sollten. Nach einem ähnlichen Muster sollte eine Gemeinschaft zur friedlichen Nutzung der Kernenergie gegründet werden. Auf dieser Grundlage arbeitete eine zwischenstaatliche Konferenz den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG; Euratom) aus.

Die Verträge wurden am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet („*Römische Verträge*“) und traten am 1. Januar 1958 in Kraft.

Nachdem es mit dem Fusionsvertrag vom 8. April 1965 gelungen war, eine einheitliche Kommission und einen einheitlichen Rat der drei Gemeinschaften zu schaffen, kam es Mitte 1965 zu der schwersten Krise der Gemeinschaft. Frankreich blockierte über ein halbes Jahr durch Nichtteilnahme an den Sitzungen den Ministerrat („Politik des leeren Stuhls“). Hintergrund war Frankreichs Festhalten am Einstimmigkeitsprinzip bei der Beschlussfassung im Ministerrat. Zudem gab es starke gaullistische Bestrebungen, den Handlungsspielraum der Kommission zu beschneiden, um die Position souveräner Nationalstaaten zu stärken. Die Krise wurde nach weitgehenden Konzessionen an die französischen Vorstellungen durch den „Luxemburger Kompromiss“ vom 29. Januar 1966 beigelegt. Danach sollte bei Beschlüssen, die vitale Interessen eines Mitgliedstaates berühren, nach einvernehmlichen Regelungen gesucht werden, eine Mehrheitsentscheidung also ausgeschlossen sein (Rn. 249). 6

2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration

Mit dem Rücktritt *de Gaulles* war es möglich geworden, auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Den Haag im Dezember 1969 ein Programm über die Zukunft der Gemeinschaften zu erarbeiten. Anlass für die Programmarbeit war der bevorstehende Ablauf der zwölfjährigen Übergangsphase zum 31. Dezember 1969. Danach sollten Verhandlungen mit den beitriftswilligen Staaten aufgenommen werden. Auch eine Einigung über eine neue Finanzverfassung der Europäischen Gemeinschaften mit eigenen Gemeinschaftseinnahmen, die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion, direkte Wahlen zum Europäischen Parlament sowie über die Errichtung einer Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) schienen nun möglich. Der von den Staats- und Regierungschefs in Auftrag gegebene, am 27. Oktober 1970 von den Außenministern verabschiedete *Davignon-* (oder Luxemburger) Bericht sprach sich richtungsweisend für eine intergouvernementale Zusammenarbeit ohne supranationale Integrationsmomente im Bereich der Außenpolitik aus. Durch eine Harmonisierung der außenpolitischen Standpunkte sollte ein gemeinsames Vorgehen ermöglicht werden. 7

Die Zielsetzungen der Haager Gipfelkonferenz von 1969 wurden im Laufe der siebziger Jahre nur zum Teil verwirklicht: So wurde eine Finanzverfassung geschaffen, nach der sich die EWG durch eigene Einnahmen aus dem Gemeinsamen Zolltarif, den Agrarabschöpfungen und aus einem Anteil am Mehrwertsteueraufkommen der Mitgliedstaaten finanzierte. 1970 wurden Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen aufgenommen, die 1973 zum Beitritt der drei erstgenannten Staaten führten; in Norwegen scheiterte der 8

4 Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Integration

Beitritt an einem Referendum. Weniger Erfolg war dem Plan einer Wirtschafts- und Währungsunion beschieden. Trotz verschiedener Vorstöße (*Barre-Plan* 1969, *Werner-Plan* 1970, *Jenkins-Initiative* 1977) war eine Umsetzung wegen zu großer wirtschafts- und währungspolitischer Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten nicht möglich. Als kleiner Ausschnitt einer Währungsunion wurde 1978 allerdings das Europäische Währungssystem (EWS) auf Initiative von *Valéry Giscard d'Estaing* und *Helmut Schmidt* (ohne Beteiligung Großbritanniens) gegründet. Das EWS führte zu stabileren Wechselkursen zwischen den Mitgliedstaaten. Damit konnten Transaktionskosten im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr gesenkt und der Binnenmarkt währungspolitisch flankiert werden.

- 9 Die im *Davignon-Bericht* vorgeschlagene Kooperation im Bereich der Außenpolitik führte zunächst zu einer intensiveren Zusammenarbeit der Außenministerien der Mitgliedstaaten. Darüber hinaus kam es zu jährlichen Gipfelkonferenzen der Staats- und Regierungschefs, auf denen Leitlinien zur Entwicklung der Gemeinschaft verabschiedet wurden. Diese Gipfelkonferenzen wurden auf Vorschlag von *Giscard d'Estaing* seit 1974 offiziell als „Europäischer Rat der Staats- und Regierungschefs“ (Europäischer Rat) bezeichnet. Dieser sollte dreimal jährlich unter Beteiligung der Außenminister und des Kommissionspräsidenten tagen. Im Jahre 1976 einigte sich der Europäische Rat über die Modalitäten einer Direktwahl zum Europäischen Parlament, welche erstmals 1979 stattfand.

3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration

- 10 Nachdem die Reforminitiativen zur „Vertiefung“ der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere der *Tindemans-Bericht* (1976) sowie der Bericht der „drei Weisen“ (*Biesheuvel/Dell/Marjolin*) des Europäischen Parlaments (1979), zunächst ohne praktischen Erfolg geblieben waren, brachte die *Genscher-Colombo-Initiative* über eine „Europäische Akte“ den Stein im November 1981 ins Rollen. Die Initiative wurde im Juni 1983 in der „Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union“ des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs als Grundlage für weitere Verhandlungen angenommen. Die Deklaration nennt als eines ihrer Ziele die „Vertiefung bestehender und die Ausarbeitung neuer politischer Zielsetzungen im Rahmen der Verträge von Paris und Rom“. Ihre Schlussbestimmung sieht die Prüfung der Möglichkeiten eines Vertrags über die Europäische Union vor.
- 11 Im Juni 1985 beschloss der Europäische Rat gegen die Stimmen Dänemarks, Großbritanniens und Griechenlands, das den Gemeinschaften 1981 beigetreten war, die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Vertragsrevision. Die Arbeiten der Regierungskonferenz mündeten nach dem Beitritt Portugals und Spaniens im Jahr 1986 schließlich in eine „*Einheitliche Europäische Akte*“ (EEA), die

am 17. Februar 1986 unterzeichnet wurde, aber erst am 1. Juli 1987 in Kraft trat. Die EEA „vereinheitlichte“ das Bündel aus Gemeinschaftspolitiken und bisher außergemeinschaftlichen Politikbereichen (wie der Außenpolitik). Mit der EEA wurden der Europäische Rat und die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) vertraglich festgeschrieben. Vor allem ging von den in der EEA enthaltenen Änderungen des EWG-Vertrags die erste grundlegende Reform der Gemeinschaft aus, die sich im Wesentlichen auf folgende Politikbereiche erstreckte: den europäischen Binnenmarkt, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, neue Zuständigkeiten auf den Gebieten der Forschung und Technologie sowie des Umweltschutzes, die Sozialpolitik, die wirtschaftliche Entwicklung als Gemeinschaftsziel, die Reform der Entscheidungs- und Rechtssetzungsverfahren zur intensiveren Zusammenarbeit der EG-Organen.

Bereits zu dieser Zeit stellte sich mit Blick auf den Zusammenbruch der kommunistischen Systeme des Ostblocks die Frage nach einer Osterweiterung der Gemeinschaft. Durch die deutsche Wiedervereinigung wurden die Bemühungen um eine Wirtschafts- und Währungsunion, aber auch um eine Politische Union, nicht unerheblich beschleunigt, da man sich davon eine im allseitigen Interesse liegende stärkere europäische Einbindung Deutschlands versprach. Während die Eingliederung der Gebiete der ehemaligen DDR in die Europäischen Gemeinschaften ohne eine grundlegende Änderung der Gemeinschaftsverträge lediglich durch Ausnahmeregelungen möglich war, wurde nun deutlich, dass eine Osterweiterung auch zu einem Wandel des inneren Gemeinschaftsgefüges führen würde. Daher sollten weitere Beitritte erst möglich sein, nachdem man sich über die grundlegenden Integrations Schritte geeinigt hatte. So wurden mit den mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten zur Heranführung an die Europäische Union zunächst nur Assoziierungsabkommen geschlossen (sog. Europa-Abkommen). In diesem Zusammenhang ist auch die Gründung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) zusammen mit den EFTA-Staaten im Jahre 1992 zu sehen (Rn. 2, 1285). Auch der EWR wurde zunächst nur als Zwischenlösung betrachtet.

4. Maastrichter Vertrag 1992

Der EU-Vertrag wurde am 7. Februar 1992 in Maastricht von allen damaligen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet, infolge von Ratifikationsverzögerungen konnte er jedoch erst am 1. November 1993 in Kraft treten. So bedurfte die Ratifikation in einigen Mitgliedstaaten aufgrund ihres Verfassungsrechts eines Referendums und/oder einer Verfassungsänderung. Nachdem in Irland und Frankreich die Bevölkerungsmehrheit für den Vertrag votierte, scheiterte eine Ratifikation Dänemarks im ersten Anlauf aufgrund des negativen Ausgangs des Referendums. Erst nach einigen Zugeständnissen seitens der übrigen Mitgliedstaaten an Dänemark, vor allem im Bereich der Wirtschafts-

6 Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Integration

und Währungsunion, sprachen sich die Dänen in einer zweiten Volksabstimmung für eine Ratifikation des Maastrichter Vertrags aus. Nachdem das deutsche BVerfG schließlich am 12. Oktober 1993 die Verfassungsbeschwerden gegen das deutsche Zustimmungsgesetz zurückgewiesen hatte, konnte auch Deutschland den Vertrag ratifizieren.

- 14 Das in Maastricht vereinbarte Vertragswerk über die Europäische Union stellte „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ dar (vgl. ex-Art. A Abs. 2 EUV). Es enthielt einerseits Bestimmungen zur intergouvernemental ausgerichteten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie zur Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (ZBJI). Andererseits inkorporierte der EU-Vertrag grundlegende Änderungsbestimmungen der drei Gemeinschaftsverträge von EG, EAG und EGKS. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde zur umfassenderen Europäischen Gemeinschaft (EG). Neben dem Kernstück der im EG-Vertrag verankerten Wirtschafts- und Währungsunion (Art. 98 bis Art. 124 EGV a. F.) wurden auch eine Unionsbürgerschaft mit aktivem und passivem Kommunalwahlrecht, das Recht zur Teilnahme an der Wahl zum Europäischen Parlament im Wohnsitzstaat sowie ein europäisches Petitionsrecht eingeführt (Art. 17 bis Art. 22 EGV a. F.).
- 15 Vor der 1996 einberufenen Regierungskonferenz zur Vertragsrevision¹ traten Finnland, Österreich und Schweden mit Wirkung zum 1. Januar 1995 der Europäischen Union bei². Der Beitritt Norwegens scheiterte hingegen erneut an einem Referendum.

5. Amsterdamer Vertrag 1997

- 16 Der *Vertrag von Amsterdam* wurde vom Europäischen Rat im Juni 1997 als Ergebnis der in ex-Art. N Abs. 2 EUV vorgesehenen Regierungskonferenz zur Überarbeitung des Maastrichter Vertrags als Entwurf verabschiedet und am 2. Oktober 1997 unterzeichnet³. Er trat am 1. Mai 1999 in Kraft, nachdem in allen Unionsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften die *innerstaatlichen Ratifikationsverfahren* (vgl. Art. 23 GG, Art. 59 Abs. 2 GG für die Ratifikation in Deutschland) erfolgreich abgeschlossen worden waren.
- 17 Der Vertrag von Amsterdam nahm keine grundsätzlichen Änderungen der Maastrichter Unionsarchitektur vor. Allerdings erhielt die Europäische Gemeinschaft zusätzliche Kompetenzen im Bereich der Innenpolitik, indem ein neuer Titel IV in den EG-Vertrag eingefügt wurde („Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr“). Die Vetomöglichkeiten und damit die Einflussnahme des Europäischen Parlaments in der Gemein-

1 Ex-Art. N Abs. 2 EUV.

2 ABl. EG 1994 Nr. C 241, S. 6.

3 ABl. EG 1997 Nr. C 340, S. 1.

schaftsgesetzgebung wurden durch eine Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens (vgl. Art. 251 EGV a. F.) auf weitere EG-Rechtsetzungsmaterien erweitert. Zudem sah der Amsterdamer Unionsvertrag erstmals „Bestimmungen über eine verstärkte Zusammenarbeit“ vor (Art. 43 bis Art. 45 EUV a. F.). Diese erlauben es einem kleineren Kreis von Unionsstaaten, aufgrund flexibler Entscheidungsmechanismen in der Integration weiter voranzuschreiten.

6. Vertrag von Nizza 2001

Am 1. Februar 2003 trat der *Vertrag von Nizza* in Kraft⁴. Institutionelle Fragen standen bei der Vertragsgestaltung im Vordergrund. Neu geregelt wurden insbesondere die Zusammensetzung von Rat, Kommission und Parlament. Auch das gemeinschaftliche Rechtsschutzsystem durch den Europäischen Gerichtshof und das Europäische Gericht erster Instanz erfuhr eine Reform. Auch wurde ein weiteres Mal der Anwendungsbereich des Mitentscheidungsverfahrens ausgedehnt sowie die Möglichkeiten der Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit im Rat. Darüber hinaus wurden die Bestimmungen über die Verstärkte Zusammenarbeit ergänzt und neu gefasst. 18

7. Auflösung der EGKS 2002

Während die Verträge zur Europäischen Union (Art. 51 EUV a. F.), zur Europäischen Gemeinschaft (Art. 312 EGV a. F.) und zur Europäischen Atomgemeinschaft (Art. 208 EAGV) auf unbegrenzte Zeit gelten sollten, war der auf eine *Geltungsdauer von 50 Jahren* angelegte Gründungsvertrag der EGKS (Art. 97 EGKSV) am 23. Juli 2002 abgelaufen. Ein dem Vertrag von Nizza beigefügtes Protokoll zum EG-Vertrag über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags und über die Errichtung und Verwaltung des Forschungsfonds für Kohle und Stahl⁵ sah vor, dass das gesamte Vermögen und alle Verbindlichkeiten der EGKS auf die Europäische Gemeinschaft überging. 19

8. Erweiterung der Europäischen Union

Bereits im Juni 1993 hatte der Europäische Rat von Kopenhagen den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten einen EU-Beitritt unter bestimmten politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen in Aussicht gestellt. Dem Vorschlag der Europäischen Kommission in ihrer *Agenda 2000* vom 15. Juli 1997 folgend, wurden die Beitrittsverhandlungen am 31. März 1998 zunächst mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Slowenien, Estland und Zypern aufgenommen. 20

4 ABL.EG 2001 Nr. C 80, S. 1; ABL.EG 2003 Nr. C 24, S. 11.

5 ABL.EG 2001 Nr. C 80, S. 67.

8 Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Integration

Der Europäische Rat beschloss im Dezember 1999, die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, der Slowakei, Lettland, Litauen, Rumänien und Malta im Februar 2000 aufzunehmen. Nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit zehn Staaten ist das Beitrittsabkommen am 16. April 2003 unterzeichnet worden⁶. Zum 1. Mai 2004 wurden Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern als neue Mitglieder in die Europäische Union aufgenommen. Das Beitrittsabkommen mit Bulgarien und Rumänien ist am 25. April 2005 unterzeichnet worden⁷. Beide Staaten sind der Europäischen Union zum 1. Januar 2007 beigetreten. Nachdem mit Kroatien im Juni 2011 die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen waren, ist das Beitrittsabkommen am 9. Dezember 2011 unterzeichnet worden⁸. Der Beitritt Kroatiens ist am 1. Juli 2013 erfolgt. Die Europäische Union bestand damit – bis zum Austritt Großbritanniens – aus 28 Mitgliedstaaten.

- 21 Mit Albanien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien sowie Serbien und Montenegro einschließlich des Kosovo hat der Europäische Rat im Juni 2003 weiteren westlichen Balkanstaaten eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. Seit 2004 bestehen mit diesen Staaten *Europäische Partnerschaften*⁹. Die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro haben im Juni 2013 begonnen. Seit Januar 2014 wird zudem mit Serbien verhandelt. Mit Albanien und Nordmazedonien werden seit dem 19. Juli 2022 Beitrittsverhandlungen geführt. Bosnien und Herzegowina hat seinen Beitrittsantrag am 15. Februar 2016 eingereicht. Mit der Ukraine am 28. Februar 2022 und Georgien sowie Moldawien am 3. März 2022 haben weitere Staaten Osteuropas – vor dem Hintergrund der russischen Invasion in die Ukraine – den Beitritt zur Europäischen Union beantragt.
- 22 Nach schwierigen Verhandlungen hat der Europäische Rat im Dezember 1999 die Türkei in den Status eines Beitrittskandidaten erhoben. Mit der Türkei hat die EU am 3. Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen aufgenommen und im Januar 2006 eine *Beitrittspartnerschaft* beschlossen¹⁰. Nach einem gescheiterten Putschversuch in der Türkei im Juni 2016 hat sich die innerstaatliche Lage im Hinblick auf rechtsstaatliche Garantien und die Menschenrechte in der Türkei dramatisch verschlechtert. Das Europäische Parlament hat mit Blick hierauf in einer Entschließung vom 6. Juli 2017 eine Aussetzung der Beitrittsverhandlungen gefordert¹¹.

6 ABl.EU 2003 Nr. L 236, S. 17.

7 ABl.EU 2005 Nr. L 157, S. 11.

8 ABl.EU 2012 Nr. L 112, S. 6.

9 Verordnung (EG) Nr. 533/2004, ABl.EU 2004 Nr. L 86, S. 1; vgl. auch die Beschlüsse ABl. EU 2004 Nr. L 223, S. 20; ABl.EU 2006 Nr. L 35, S. 1; ABl.EU 2008 Nr. L 80, S. 1 (Albanien); ABl.EU 2004 Nr. L 221, S. 10; ABl.EU 2006 Nr. L 35, S. 19; ABl.EU 2008 Nr. L 80, S. 18 (Bosnien und Herzegowina); ABl.EU 2004 Nr. L 222, S. 20; ABl.EU 2006 Nr. L 35, S. 57 (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien); ABl.EU 2004 Nr. L 227, S. 21; ABl.EU 2006 Nr. L 35, S. 32; ABl.EU 2008 Nr. L 80, S. 46 (Serbien und Montenegro einschließlich des Kosovo).

10 ABl.EU 2006 Nr. L 22, S. 34; ABl.EU 2008 Nr. L 51, S. 4.

11 Entschließung des Europäischen Parlaments v. 6.7.2017 zu dem Bericht 2016 der Kommission über die Türkei (2016/2308(INI)), P8_TA-PROV (2017) 0306.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise, die Island in besonders schwerer Weise betroffen hatte, wurde auch über dessen raschen Beitritt zur Europäischen Union diskutiert. Island hatte sein EU-Beitritts-gesuch am 23. Juli 2009 in Stockholm offiziell der schwedischen Ratspräsidentenschaft übergeben. Am 27. Juli 2010 waren die Beitrittsverhandlungen offiziell eröffnet worden. Nach Parlamentswahlen und einem Regierungswechsel im Jahr 2013 hat die isländische Regierung ihren Beitrittsantrag im März 2015 jedoch wieder zurückgezogen.

9. Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004

Der Europäische Rat von Laeken hatte im Dezember 2001 in der *„Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union“*¹² die Einsetzung des „Konvents zur Zukunft Europas“ unter dem Vorsitz des ehemaligen französischen Staatspräsidenten *Valéry Giscard d’Estaing* beschlossen und den Konvent mit der Ausarbeitung eines Entwurfs eines Europäischen Verfassungsvertrags beauftragt. Angestrebt waren dabei eine Weiterentwicklung der Europäischen Union bei gleichzeitiger Vereinfachung der Verträge, eine klarere Kompetenzabgrenzung zwischen der Europäischen Union, den Europäischen Gemeinschaften und den Mitgliedstaaten sowie eine Stärkung von Demokratie und Transparenz auf europäischer Ebene. Der Konvent diskutierte unter Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit weitgehende Reformen und legte im Juli 2003 den daraus hervorgegangenen Entwurf eines „Vertrags über eine Verfassung für Europa“ vor. Nach umfangreichen Änderungen, die das Ergebnis intensiver Verhandlungen der Regierungskonferenz darstellen, wurde der Entwurf am 29. Oktober 2004 von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten in Rom unterzeichnet¹³. Der Vertrag sollte, die Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten vorausgesetzt, am 1. November 2006 in Kraft treten. Nachdem der Verfassungsvertrag in Referenden in Frankreich am 29. Mai 2005 und in den Niederlanden am 1. Juni 2005 abgelehnt worden ist, ist der Ratifikationsprozess allerdings gescheitert. Nach einer Reflexionsphase, die als Zeit für Dialog und Kommunikation genutzt werden sollte, ist die Verfassungsidee vorerst aufgegeben worden. Wesentliche Inhalte des Verfassungsvertrags sind jedoch in den am 13. Dezember 2007 unterzeichneten Reformvertrag von Lissabon übernommen worden. 23

10. Vertrag von Lissabon 2007

Nachdem absehbar war, dass der Ratifikationsprozess des Verfassungsvertrags nicht erfolgreich durchlaufen werden konnte, beschloss der Europäische Rat im Juni 2007 die Einberufung einer Regierungskonferenz und erteilte dieser ein 24

¹² EuGRZ 2002, S. 662.

¹³ ABl.EU 2004 Nr. C 310, S. 1.

Mandat zur Ausarbeitung eines Vertragsentwurfs für einen Reformvertrag, der an die Stelle des gescheiterten Verfassungsvertrags treten sollte. Die Unterzeichnung des Reformvertrags erfolgte am 13. Dezember 2007 in Lissabon¹⁴.

- 25 Nachdem ein erstes Referendum in Irland über eine die Ratifikation des Reformvertrags ermöglichende Verfassungsänderung am 12. Juni 2008 einen negativen Ausgang hatte, sprachen sich die Iren in einem zweiten Referendum am 2. Oktober 2009 für eine Verfassungsänderung aus. Der Europäische Rat war Irland zuvor in mehreren Punkten entgegengekommen. So wurde klargestellt, dass der Reformvertrag keine Änderung in Bezug auf den Umfang und die Ausübung der Zuständigkeiten der Union im Bereich der Steuerpolitik bewirken wird, dass die Neutralitätspolitik Irlands unberührt bleiben wird und dass – nicht zuletzt mit Blick auf das irische Abtreibungsverbot – die Bestimmungen der irischen Verfassung betreffend das Recht auf Leben, die Bildung und die Familie weder von der Europäischen Grundrechte-Charta noch von den Bestimmungen über die Justiz- und Innenpolitik berührt werden. Zudem wurde der irischen Seite bestätigt, dass den Arbeitnehmerrechten künftig hohe Bedeutung beigemessen wird. Wichtigstes Zugeständnis ist sicherlich, dass Irland auch künftig ein Kommissionsmitglied stellen soll. Dies sollte dadurch erreicht werden, dass der Europäische Rat nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon einen Beschluss fassen sollte, wonach weiterhin ein Staatsangehöriger jedes Mitgliedstaats der Kommission angehören wird (vgl. Rn. 256).
- 26 Deutschland hat den Vertrag am 25. September 2009 ratifiziert. Zuvor hatte das BVerfG im sogenannten *Lissabon-Urteil*¹⁵ zwar die Vereinbarkeit des Vertrages mit dem Grundgesetz festgestellt, allerdings ebenfalls entschieden, dass das Begleitgesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestags und des Bundesrats in Angelegenheiten der Europäischen Union gegen Verfassungsrecht verstößt. Nachdem die Vorgaben des BVerfG Anfang September 2009 in neuen Begleitgesetzen umgesetzt wurden, hat der Bundespräsident die Ratifikationsurkunde am 25. September unterzeichnet. Noch am selben Tag wurde die Urkunde bei der Regierung der Italienischen Republik, dem Depositar der Union, hinterlegt. Als letzter Mitgliedstaat hat Tschechien den Vertrag von Lissabon am 3. November 2009 ratifiziert, nachdem der Europäische Rat auf seinem Gipfeltreffen am 29./30. Oktober 2009 in Brüssel eine Ausnahmeregelung beschlossen hatte, wonach die im Vertrag enthaltene Grundrechte-Charta keine Rechtsgrundlage für mögliche Klagen gegen die sogenannten *Benes-Dekrete* von 1945 ist.
- 27 Da das Scheitern des Verfassungsvertrags nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass in Teilen der Bevölkerung einiger Mitgliedstaaten Befürchtungen bestanden, die Europäische Union werde sich mit einer Verfassung, mit der Betonung eigener Symbole (Hymne, Flagge etc.), mit einem eigenen Außenminister und

14 ABl.EU 2007 Nr. C 306, S. 1.

15 BVerfGE 123, 267 – *Lissabon*.

Sachverzeichnis

Die Nachweise beziehen sich auf die Randnummern.

- 3 %-Sperrklausel im Europawahlrecht,
s. Rechtsprechung des BVerfG
- 5 %-Sperrklausel im Europawahlrecht,
s. Rechtsprechung des BVerfG

- Abkommen 20, 31 f., 56, 552, 574
 - Assoziierungsabkommen 12, 54, 59 f., 817, 1046, 1283 ff.
 - Beitrittsabkommen 20, 82, 84 f., 100, 864 ff.
 - Europa-Abkommen 12
 - gemischte Abkommen 56, 60, 431, 1283, 1289
 - Handelsabkommen 435, 817, 1288, 1291
 - Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 2, 12, 1285
 - von Cotonou 1280
- Alimanovic* 700, 732, 742 f.
- Änderungen der Unionsverträge,
s. Vertragsänderung
- Änderungen durch den Amsterdamer Vertrag 16 f., 400, 775, 1039, 1047
 - Ausdehnung des Anwendungsbereichs des Mitentscheidungsverfahrens 17
 - Erweiterung der Gemeinschaftskompetenz in der Visapolitik 17
- Änderungen durch den Vertrag von Lissabon 24 ff., 33 ff., 55 f., 93, 101, 113 f., 121, 159, 167 ff., 175, 193, 202 ff., 216, 219 ff., 226 ff., 243, 234, 248, 253 ff., 271 ff., 275, 284, 291 ff., 311, 314 f., 329, 345, 358, 497, 501, 632, 680, 750, 776, 1058, 1061 f., 1237 f., 1262, 1275, 1287, 1289, 1295
- Änderungen durch den Vertrag von Nizza 18 f., 119, 528, 733, 1484
 - gerichtliche Kammern 26, s. auch Fachgerichte
 - Verfahren der Mitentscheidung 26
 - Verstärkte Zusammenarbeit 26
 - Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG 26, 315
- Angebotssubstituierbarkeit 1217 ff.
- Äquivalenzgebot 482 f., 622, 627
- Agenda 2000 30
- Agenturen der Europäischen Union 307 ff., 516
 - Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) 308, 1057 ff.
 - Agentur für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) 308, 1058, 1060, 1062
 - Europäische Umweltagentur (EUA) 308
 - Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) 308
 - Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) 308, 1038 f.
 - Europäische Grundrechteagentur (FRA) 308
 - Europäische Verteidigungsagentur 1265, 1279
 - Exekutivagenturen 308 f.
 - Regulierungsagenturen 308 f.
- Agrarpolitik, s. Landwirtschaftspolitik
- Air France* 1283
- Åkerberg Fransson* 704, 708 f.
- Akte der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten 429
 - Beschlüsse nach der „gemischten Formel“ 429
 - „uneigentliche Ratsbeschlüsse“ 429
- Aktionsplan „Staatliche Beihilfen“ 1206
- Akzo Nobel* 1082
- Alcan* 1236

- Allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts 387, **419 f.**, 453 f., 631, 1107
- Grundrechte 444, **625 ff.**
- Allgemeiner Gleichheitssatz 590, **678 ff.**, **698**
- Allgemeines Diskriminierungsverbot
- Art. 18 AEUV 697 **ff.**, 709 f., 719, 727, s. auch Diskriminierungsverbot
 - Adressaten 699
 - allgemeiner Gleichheitssatz s. dort
 - Anwendungsbereich des AEU-Vertrags 703
 - Anwendungsbereich des EAG-Vertrags 697
 - Anwendungsbereich des EU-Vertrags 709 ff.
 - Beschränkungsverbot 798
 - Binnenmarkt 712, 701
 - Diskriminierung **712 ff.**
 - Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 748
 - Drittstaatsangehörige 701
 - Drittwirkung 664
 - Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger 705
 - Gleichbehandlung ungleicher Sachverhalte 713
 - Grundfreiheiten 701 f., 704 f., 707, s. auch dort
 - Inländerdiskriminierung 707, s. auch dort
 - Inländergleichbehandlung 700 f., s. auch dort
 - offene Diskriminierung 714
 - persönlicher Schutzbereich 701
 - Rechtfertigung 716 ff.
 - Rechtsetzungskompetenzen 706
 - sachlicher Schutzbereich 702
 - Sozialrecht 705
 - Subsidiarität 719
 - Teilhaberechte 705
 - Ungleichbehandlung vergleichbarer Sachverhalte 792 ff.
 - unmittelbare Anwendbarkeit 703
 - Verhältnis zum allgemeinen Gleichheitssatz 712
 - versteckte Diskriminierung 714 f., 717
- Alpine Investments* 987
- Altmark Trans* 1182, 1204, 1248, **1249 ff.**, s. auch Daseinsvorsorge
- Ausschluss des Beihilfentatbestandes 1166 f., 1196
 - Beihilfentatbestand 1249
 - Betrauung 1237, **1243 ff.**, 1249, 1253 f.
 - Nettomehrkostenausgleich 1247, 1249, 1257
 - Benchmarking 1249
 - Verhältnis zu Art. 106 Abs. 2 AEUV 1251
 - Freistellungsentscheidung 1254 f.
 - Transparenzrichtlinie 1257, 1259
- Amtsblatt der Europäischen Union 297, 405, 1217
- Amtshaftungsklage 539 ff.
- Begründetheit 547
 - Form der Klageschrift 542
 - Frist 543
 - Funktion 539
 - Parteifähigkeit 541
 - Prüfungsschema 549
 - Rechtsschutzbedürfnis 544
 - Urteilswirkung 548
 - Verhältnis zur Nichtigkeitsklage 545
 - Vorrang des primären Rechtsschutzes 544
 - Zulässigkeit 540 ff.
 - Zuständigkeit, sachliche 540
- Angonese* 789, 884, 908
- ANETT* 976, 845, 896, 944, 985, 988
- Antitrust-Recht 1095
- Anwendungsbereich des AEU-Vertrags **703 ff.**, 854
- Anwendungsbereich des EAG-Vertrags 697
- Anwendungsbereich des EU-Vertrags **709 ff.**
- Anwendungsvorrang des Unionsrechts **175 ff.**, 242, 347, 384, 633, 780, 808
- Adoptions- oder Vollzugslehre 177
 - gegenüber den Grundrechten des Grundgesetzes 176
 - Inländerdiskriminierung 180
 - kein Geltungsvorrang 175
 - Pflicht zur Aufhebung unionsrechtswidriger Bestimmungen 181

- Pflicht zur Durchbrechung der Rechtskraft mitgliedstaatlicher unionsrechtswidriger Urteile 185
- Rücknahmeverpflichtung für bestandskräftige, unionsrechtswidrige Verwaltungsakte 183 f.
- Transformationslehre 177
- Transformationsunbedürftigkeit des Unionsrechts 178
- unionsrechtskonforme Auslegung 179 f.
- unmittelbare Anwendbarkeit des Unionsrechts 178
- AOK-Bundesverband* 1081
- Äquivalenzgebot 446 f., 578
- Arbeitnehmerfreizügigkeit 789, **866 ff.**, 882 f., 969
 - Abgrenzung zur Dienstleistungsfreiheit 872
 - Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit 871
 - Adressaten 882 f.
 - Arbeitgeber 872, 879
 - Arbeitnehmerbegriff 868 ff.
 - Arbeitnehmerüberlassung 872
 - Aufenthalts- und Bewegungsverrecht 874 f.
 - Ausweisung 900
 - Begünstigte 878 ff.
 - Bereichsausnahme 876 f.
 - Berufssportler 869
 - Beschränkungsverbot 891
 - Diskriminierungsverbot 891
 - Drittwirkung 884
 - Familienangehörige 880
 - *Gebhard*-Formel 891
 - grenzüberschreitender Anknüpfungspunkt 873
 - Inländerdiskriminierung 873
 - *Keck*-Formel 896 f.
 - Rechtfertigung von Eingriffen 898 ff.
 - Schranken 899
 - Schranken-Schranken 909
 - Schutzbereich 867 ff.
 - sittenwidrige Tätigkeit 870
 - soziale Vergünstigungen 868, 887
 - Verhältnis zu den Grundrechten 905 ff.
- Architektur der Europäischen Union 33 ff.
- Art. 18 Abs. 1 AEUV s. Allgemeines Diskriminierungsverbot Art. 18 AEUV
 - Assoziierung mit der Europäischen Union 12, **1283 ff.**
 - Abkommen 12, 1283 ff.
 - Begriff 1283
 - Beitrittsassoziiierung 1284
 - Entwicklungsassoziiierung 1286
 - Europa-Abkommen 12
 - Freihandelsassoziiierung 1285
 - konstitutionelle Assoziierung 1282
 - AstraZeneca* 1135
 - Asylpolitik 1041
 - Eurodac 1042
 - Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) 1042
 - Umsiedlungsbeschlüsse 1043
 - Aufenthaltsrecht, Bewegungsverrecht
 - s. Bewegungs- und Aufenthaltsrecht
 - Auftrag, Aufträge 243, 272, 1249, 1263
 - Ausbeutungsmisbrauch 1129
 - Außenbeziehungen der Europäischen Union 54 ff., **1275 ff.**
 - Assoziierung 1283
 - Außenvertretungen 229, 269, 274, 11289
 - Beitritt zu internationalen Organisationen 57
 - gemischte Abkommen 56, 60, 431, 1283, 1289
 - Gesandtschaftsrecht 62
 - Handelspolitik 146, **1287 ff.**
 - Vertragsschlusskompetenzen 54 ff.
 - Vertragsschlussverfahren 59 f.
 - Völkerrechtsfähigkeit 54, 62
 - Währungsabkommen 59
 - Außenminister der EU, s. Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik 273 ff.
 - Außenpolitik der Union 9, 1270
 - Auslegung
 - Absicherung des unionsrechtlichen Auslegungs- und Verwerfungsmonopols des EuGH 562
 - „*effet utile*“ 168, 457 f., 600, 624, 1235 f.
 - enge 848
 - fehlerhafte 138
 - gemeinschaftsrechtskonforme nationalen Rechts s. unionsrechtskonforme nationalen Rechts

- grundfreiheitskonforme Auslegung 807 f.
- implied powers 159
- teleologische 168
- unionsrechtskonforme nationalen Rechts 179, **186 ff.**
- unionsrechtliche Norm 611
- Ausnahmeklauseln 1179, 1237
- Ausnahmetatbestände 408, 1165, 1210 ff.
- Ausschluss aus der Europäischen Union 90
- Ausschreibungsverfahren 1179, s. auch Vergaberecht, Vergabeverfahren
- Ausschuss der Regionen 120, 169, 208, **302 ff.**, 310, 403 ff., 505 ff.
- Austritt aus der EU 30 f., **85 ff.**, 245
 - Austrittsabkommen 32, 86 ff.
 - Austrittsrecht 86 f.
 - Brexit 30 ff., 204, 245 f.
- Auswirkungsprinzip 1157

- Backstop 32, 89, s. auch Brexit
- Bananenmarktordnung*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Banchemo* 1080
- Bankenaufsicht, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Bankenunion, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Barcelona-Prozess 1286
- Beeinträchtigung
 - des zwischenstaatlichen Handels 828, 1003, 1008, 1203 f., s. auch Handelsbeeinträchtigung
 - von Grundfreiheiten durch Private 471, 486, 607, 636, 828, 862, 905, 947
 - Wettbewerb 511, 1094 f., s. auch Wettbewerbsverfälschung
- Begünstigung 372 ff., 532, 1167, **1168 ff.**, 1193, 1204, 1232, 1248, 1250
- Behinderungsmisbrauch 1129 f.
- Beihilfen 388, 410, 449 f., 479, 508, 511 ff., 532, 580 f., 1067, 1076, **1162 ff.**, 1238, **1249 ff.**
 - Abgaben- und Umlagesysteme 1188 f.
 - Ad-hoc-Beihilfen 1210
 - Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung 1163, 1207, 1214
 - Aufsichtsverfahren 511, 1164
 - Ausnahmeklauseln, beihilfenrechtliche 1205 ff., 1209 ff., 1237 ff.
 - Begriff 1167 ff.
 - Beihilfenaufsicht 506 f., 511, 1219 ff.
 - Beihilfenempfänger 450, 1179, 1215 f., 1233 ff.
 - Beihilfenkontrolle 1162 ff., 1219 ff.
 - Beihilfenrecht 1162 ff.
 - Beihilfenregelungen 1210, **1215 ff.**
 - Beihilfenrückforderungsentscheidung 506, 514, 1228 ff.
 - Beihilfentatbestand **1166 ff.**, 1248, 1249 ff.
 - Beihilfenverbot 449, 1164 f., **1166 ff.**, 1205 ff., 1229
 - Beihilfenverfahren 1219 ff.
 - Belastungsminderungen 1191 f.
 - bestehende Beihilfe 1220
 - Bindungswirkung/Abweichungsverbot 1234
 - „de minimis“-Beihilfenäquivalent 1253
 - Durchführungsverbot 1219, 1221, 1230, 1233, 1236 f.
 - Einzelbeihilfen 1210, 1216 f., 1221
 - Finanz- und Wirtschaftskrise 1162, 1227
 - funktionale Entflechtung nichtwirtschaftlicher Tätigkeit 1196
 - genehmigte Beihilfen 514, 1220
 - gerichtliche Überprüfbarkeit/Prüfdichte 1167
 - horizontale Beihilfen 1213
 - Infrastrukturförderung 1178 f.
 - Legalausnahme 1209
 - Leistungs-/Gegenleistungsverhältnis 1178, 1181 f.
 - „market economy investor“ 1173 ff.
 - Marktanalyse 1094, 1202, 1249
 - Marktbedingungen 1053, 1168, 1202
 - Marktversagen 1206 ff.
 - Maßnahmenpaket der Kommission 1163, 1243, 1248, **1251 ff.**
 - mittelbare Begünstigung 1170, 1184 ff.
 - neue Beihilfe 1221
 - Notifizierungspflicht 1215 f., 1225 f., 1254, 1256
 - Notifizierungsverfahren 450, 1215, 1218, **1219 ff.**

- „private investor“ 1173 ff.
- rechtswidrige Beihilfen 450, 508, 532, 1220 f., 1224, **1231 ff.**, 1236
- regionale Beihilfen 1205, 1210, **1213**
- Rückforderung 1228 f., 1231 ff.
- sektorale Beihilfen 1213
- Selektivität 1197 ff.
- Spürbarkeit 511, **1098 f.**, 1202
- staatliche Beihilfen 1162 ff., **1188 ff.**, 1206, 1234, 1251
- Steuerbeihilfen 1200
- Stillhalteverpflichtung 1219, 1221, 1230, 1233, 1236 f.
- Verfahrensverordnung 1220 ff., 1233
- Vertrauensschutz, eingeschränkter 450, 1235 f.
- Wertgutachten 1181
- Wettbewerbsverfälschung 1162, **1202 ff.**, 1209
- wirtschaftliche Kontinuität 1235
- Beitritt 8, 11, 12, 15, 20 ff., **78 ff.**
- Acquis communautaire 79, 84
- Balkanstaaten 21
- Beitrittsabkommen 20
- Beitrittsassoziiierung 1284
- Beitrittspartnerschaften 21, 1284
- Beitrittsverfahren 79, **82 f.**, 88
- Beitrittsvoraussetzungen 78 ff.
- Beitrittswirkung 84
- Dänemark 8
- Finnland 15
- Georgien 21
- Griechenland 11
- Großbritannien 8
- Irland 8
- Island 22
- Kein Beitrittsanspruch 79
- Kopenhagener Kriterien für Beitritt 79
- Kroatien 20
- Norwegen 8, 15
- Österreich 15
- Osterweiterung 15, 20 ff.
- Schweden 15
- Serbien 21
- Türkei 22
- Ukraine 21
- Übergangsregelungen im Beitrittsabkommen 84
- Übernahme des unionalen Besitzstandes 84
- Belastungsminderung 1191 f.
- Beschluss 224 ff., 233 ff., 244 ff., **388 ff.**, 415, 1259, 1264
- Aufhebung belastender Individualbeschlüsse 411
- Beihilfenrückforderungsbeschluss 390, 1228 ff.
- Beschlüsse nach der „gemischten Formel“ 429
- Durchsetzung 412
- GASP 390
- individualgerichteter Beschluss 388, 405
- individuelle Geltung 388
- Rechtshandlungen eigener Art 358
- staatengerichteter Beschluss 388, 405
- unmittelbare Geltung 393
- unmittelbare Anwendbarkeit 393
- unmittelbare Wirkung 393
- Beschränkungsverbot 698, 707, 715, 747 ff., **794 ff.**, 808, 885, 889, 891 ff., 896 f., 943 f., 974, 978, 979 f., 982, **983 ff.**, 1003, 1015 ff., s. auch Diskriminierungsverbot, s. auch Grundfreiheiten
- Besonderes Gesetzgebungsverfahren 362
- Bestimmte Verkaufsmodalitäten 838
- Bestimmtheit 335, 383, 1193, 1197
- Bestimmungslandprinzip 791, 795, 801
- Bewegungs- und Aufenthaltsrecht 688 ff., s. auch Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger
- Binnenmarkt 7 f., 11, 64, 146, 701 f., 780 ff., 1066, 1068, 1287, s. auch Gemeinsamer Markt
- *Cassis*-Rechtsprechung 857 ff., 861
- Aufzählung der *Cassis*-Rechtfertigungsgründe 859, s. auch dort
- dogmatische Unschärfe der Rechtsfigur der versteckten Diskriminierung 858
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 861
- hinreichende Etikettierung 861
- keine Rechtfertigung durch rein wirtschaftliche Gründe 856
- Konvergenz der Schranken 858
- Leitbild eines „mündigen Verbrauchers“ 861

- negative Tatbestandsmerkmale des Art. 34 AEUV 857
- Rechtfertigungsmöglichkeit nur für unterschiedslos anwendbare nationale Regelungen 858
- ungeschriebene Rechtfertigungsgründe 858
- zwingende Erfordernisse des Allgemeinwohls 858
- Bosman* 891 f., 896, 937
- Brexit 30 ff., 89 f., s. auch Austritt aus der EU
- Brey* 742
- Bronner* 1132
- British American Tobacco* 1150
- Bündelung 1138, 1140
- Bürgerbeauftragter 769 ff.
- Bürgerinitiative 776 f.
- Bundesnetzagentur 1148, 1189
- BVVG* 1181

- Cartesio* 926, 929, 931
- Cassis de Dijon*, *Cassis*-Rechtsprechung, *Cassis*-Formel 488, 799, 833 ff., 848, 857 ff., 902 ff., 948 ff., 992 ff., 1027 ff., 1096
- Aufzählung der *Cassis*-Rechtfertigungsgründe 859
- dogmatische Unschärfe der Rechtsfigur der versteckten Diskriminierung 858
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 861
- hinreichende Etikettierung 861
- keine Rechtfertigung durch rein wirtschaftliche Gründe 859
- Konvergenz der Schranken 858
- Leitbild eines „mündigen Verbrauchers“ 861
- negative Tatbestandsmerkmale des Art. 34 AEUV 857
- Rechtfertigungsmöglichkeit nur für unterschiedslos anwendbare nationale Regelungen 858
- ungeschriebene Rechtfertigungsgründe 858
- zwingende Erfordernisse des Allgemeinwohls 858
- CELF/SIDE* 450

- Centros* 927, 929
- CETA 1289, s. auch Handelsabkommen
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union 25 f., 29, 39, 630 ff., 672, 775, 1034, 1234, 1242
- CIA Security International* 380
- Connect Austria* 1085
- Consten & Grundig* 1090
- Continental Can* 1150
- Corbeau* 1086
- Costa/ENEL* 176, 626

- Daily Mail* 924, 926, 929 f.
- Danske Slagterier* 623
- Daseinsvorsorge 877, 1163 ff., 1182, 1237 ff.
- *Altmark-Trans*-Rechtsprechung 1182, 1204, 1248, 1249 ff.
- Art. 14 AEUV: Kein subjektives Recht 1242
- Art. 14 AEUV: Keine unmittelbare Geltung 1242
- Bedeutung 1242
- Beihilfenrecht 1163 ff.
- Definition 1242
- Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse 1239 ff., s. auch dort
- Gemeinwohlverpflichtung 1241, 1244 f.
- Gewährleistung durch die Mitgliedstaaten 1241, 1244 f.
- Rechtfertigung von staatlichen Ausgleichsleistungen nach Art. 106 Abs. 2 AEUV, s. dort
- und Wettbewerb 1237 ff.
- Universaldienst 1217 f., 1221, 1223
- Dassonville* 796, 798, 833 ff., 838 ff., 845 f., 1015, s. auch Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung
- Davignon- oder Luxemburger-Bericht 7, 9
- DAWI 1237
- DAWI-Paket 1243, 1248, 1251 ff.
- Delegationen der EU 62, 269, 1270
- Delegation 199, 330
- „De-minimis“ 1098, 1192 f., 1251, 1253
- Beihilfen 1202 f., 1251, 1253
- Kartellrecht 1098

- Demokratie in der europäischen Integration 108 ff.
- Fähigkeit des Europäischen Parlaments, demokratische Legitimation zu erzeugen 109
- Grundsatz der Gleichheit der Wahl 109
- Konferenz der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente („COSAC“) 117
- Voraussetzungen einer gemeineuropäischen politischen Willensbildung 110
- Deutsche Demokratische Republik 12
- Deutsche Telekom AG* 1088, 1144
- D’Hoop* 746
- Diego Cali & Figli* 1080
- Dienstleistungen 778 ff., 872 ff., 915 ff., 955 ff., 969 ff., 997 ff., 1006 ff., 1084 ff., 1194, 1237 ff., 1288 ff., s. auch Dienstleistungsfreiheit
- Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse 1237 ff., 1248 ff.
- Dienstleistungsfreiheit 955 ff., 1011 ff.,
 - Abgrenzung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit 960
 - Abgrenzung zur Kapitalverkehrsfreiheit 962
 - Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit 871, 961
 - Abgrenzung zur Warenverkehrsfreiheit 959
 - aktive Dienstleistungsfreiheit 965, 967, 971, 975, 1065, 980 f., 983, 985
 - Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien 997 ff.
 - Ansässigkeits- bzw. Niederlassungserfordernis 978
 - Arbeitnehmerüberlassung 960
 - Aufenthalts- und Bewegungsrecht 967
 - Beeinträchtigungen 974 f.
 - Begriff der Dienstleistung 957 ff.
 - Bereichsausnahme für die Ausübung hoheitlicher Gewalt 968
 - Berufsqualifikationen 998
 - Beschäftigte von Dienstleistungsunternehmen 960
 - Beschränkung 983 f.
 - Beschränkungsverbot 974, 979 f., 983
 - Binnenmarkt 955
 - Dienstleistungsempfänger 956 ff., 960 ff., 965, 967, 971 ff., 976 ff.
 - Dienstleistungserbringer 956, 960, 963, 965 ff., 971 ff., 979 ff.
 - Dienstleistungsmodalitäten 955
 - Diskriminierung 976 ff.
 - Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 979, 984
 - Drittstaatsangehörige 971
 - Eingriff 973 ff.
 - Entgelt 958
 - Entsendung von Arbeitnehmern 960, 972
 - Grundrechtsschutz 995
 - Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 996
 - Inländergleichbehandlung 974, 977, 979 f., 982, 985
 - intermediäre Gewalten 973, 995
 - juristische Personen 970, 972, 978
 - kein Inländergleichbehandlungsgebot 979
 - *Keck*-Rechtsprechung 985 ff.
 - Korrespondenzdienstleistungen 965, 980 ff.
 - Leistungsempfänger 958
 - Modalitäten der Dienstleistungsfreiheit 965 f.
 - offene Diskriminierung 976, 977, 978, 981
 - öffentliche Gesundheit 989
 - öffentliche Ordnung 989 f.
 - öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit 989
 - Parallele zur Niederlassungsfreiheit 955
 - passive Dienstleistungsfreiheit 965, 967, 968, 971, 975, 981, 985
 - persönlicher Schutzbereich 969 ff.
 - Recht der Dienstleistungsempfänger 956
 - Rechtfertigung 989 ff.
 - Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechtsschutzes 995
 - Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses 992 ff.
 - Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten 995
 - Rechtfertigungsgründe nach Art. 62 i. V.m. Art. 52 Abs. 1 AEUV 989 ff.
 - Rechtfertigungsmaßstab 974

- sachlicher Schutzbereich 957 ff.
- Schranken-Schranken 996
- Schutz nationaler Grundrechte 990
- Schutzpflichten 973, 995
- Subsidiarität der Dienstleistungsfreiheit 962
- Unionsgrundrechte 995 f.
- unmittelbare Anwendbarkeit 955
- Verpflichtungsadressaten 973
- versteckte Diskriminierung 976 f., 992
- Dienstleistungsrichtlinie 999 ff.
- Anwendungsbereich 1000
- Begriff der Dienstleistung 999 f.
- Herkunftslandprinzip 999
- Direktinvestitionen 1007, 1009, 1287 ff.
- Diskriminierungsverbot 629, **697 ff.**, 723, 727, 732, 744, **791**, 794 f., 797, 832, 883 ff., 938 ff., 976 ff., 985, 1003, 1015, 1168, 1179
- allgemeines Diskriminierungsverbot Art. 18 AEUV **697 ff.**, **791**, 732, **744**, s. auch dort
- Anwendungsbereich des AEU-Vertrags 703 ff., 746 f.
- Anwendungsbereich des EU-Vertrags 709 ff.
- Anwendungsvorrang 707
- Beschränkungsverbot 707, 713 ff., 737, 747 ff., 794 f., 797 f., 801, 808, 857 f., 889, 974, 891 ff., 943, 974 f., 979, 983 ff., 1015 f., s. auch dort
- Bewegungs- und Aufenthaltsrecht 706, s. auch dort
- Binnenmarkt 697, 701
- Dienstleistungsfreiheit 976 ff.
- derivative Teilhaberechte 705
- Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 715, 746, 791, 797,
- Diskriminierung aufgrund von Staatsangehörigkeit 697 ff., 708, 712 ff., 732, 744, 753, 791 ff., 832, 867, 884, 886 ff., 889, 938 ff., 974 ff., 1015
- Drittstaatsangehörigkeit 701
- Drittwirkung 699
- Europäische Union, ihre Organe und Einrichtungen 699
- Gleichbehandlung nicht vergleichbarer Sachverhalte 713
- Gleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern, 697 s. dort
- Grundfreiheiten 697, 701, 704 f., 779 ff., 810 f., 828, 879, 896 ff., 921, 949, 958 ff., 985, 1004, 1008 ff., 1018, 1260, 1285, s. auch die einzelnen Grundfreiheiten
- Inländerdiskriminierung, s. dort
- Inländergleichbehandlung, s. dort
- Mitgliedstaaten 699
- Niederlassungsfreiheit 938, 943 ff., s. auch dort
- offene Diskriminierung **714 f.**, 886, 939, 976 ff.
- persönlicher Schutzbereich, s. Grundfreiheiten
- Rechtfertigung 716 ff.
- sachlicher Schutzbereich, s. Grundfreiheiten
- unbeschadet besonderer Vorschriften der Unionsverträge 698
- Ungleichbehandlung vergleichbarer Sachverhalte **712 ff.**, 942
- unionsbürgerliches Diskriminierungsverbot 714, 732, **737 ff.**
- unionsbürgerliche Freizügigkeit 705, 706 ff., 715, s. auch dort
- unmittelbare Anwendbarkeit 697, 703
- versteckte Diskriminierung **714 ff.**, 791 f., 799, 867, 886, 888 ff., 903, 938, 942, 976 ff., 992, 1002
- Doppel- oder Mehrfachabstützung von EU-Rechtsakten 154 f.
- Drittstaatsangehörige 698, 700, 734, 759, 775, 787, 878, 880, 919, **971 ff.**
- Durchführungsverbot 449 f., 1219 ff., 1221, 1228 ff.
- DVGW* 789, 827
- EAD, s. Europäischer Auswärtiger Dienst
- ECLI 470
- Effektivitätsgebot 446 f., 578 f.
- „effet utile“ (nützliche Wirkung) **168**, **457 f.**, 600, 1235 f.
- EFSS, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- EFSM, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Eingriff in ein Grundrecht 669 ff.

- Eingriff in eine Grundfreiheit **786**, 827 ff., 882 ff., 937 ff., 973 ff., 1014 ff.
- Arbeitnehmerfreizügigkeit 882 ff.
 - Dienstleistungsfreiheit 973 ff.
 - Kapitalverkehrsfreiheit 1014 ff.
 - Niederlassungsfreiheit 937 ff.
 - Warenverkehrsfreiheit 827 ff.
 - Zahlungsverkehrsfreiheit 1014 ff.
- Einheitliche Europäische Akte (EEA) 10 f.
- Einheitlicher institutioneller Rahmen, s. Europäische Union, s. Institutioneller Rahmen
- Einrichtungen der EU 292, 296, **310**, 408, 497 f., 516 f., 527, 551, 565, 666, 669
- Einzelhandelspreisbindung 822, 1070, 1102
- Empfehlungen und Stellungnahmen **395 f.**
- Unverbindlichkeit 395
- Emmott* 580
- EMRK-Beitritt II* 684 ff.
- ENI* 1130
- Entflechtung
- eigentumsrechtliche 1207
 - funktionale 1196
- Embargomaßnahmen s. auch Handels-embargo
- Kapital- und Zahlungsverkehr 1032
- Ermessen 80, 262, 336, 355, 398, 450, 453, 481, 508, 514, 522, 536, 555, 591, 612 f., 616, 640, 766, 771, 802, 830, 996, 1022, 1107, 1162, 1164, 1167, 1197 ff., 1205, 1207, 1210, 1225, 1250
- Ermessensreduzierung 536, 830
 - Ermessenspielraum 80, 508, 536, 613 ff., 640, 771, 802 f., 1167, 1197 f., 1205, 1210 ff., 1225
 - Ermessenstatbestände 1210, 1213
- Erschöpfungsgrundsatz 854
- ERT* 640 f.
- Essential Facility 1130
- Essent Network* 1189
- EU-Grundrechte, s. Grundrechte
- EU-Rahmen 91, 1207, 1213, 1251, 1256 f.
- Euratom, s. Europäische Atomgemeinschaft
- Eurobonds, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Eurocontrol* 1080
- Euro-Gipfel, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Eurojust 1057 ff.
- Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) 308, 1038 f.
- Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) 308
- Europäische Atomgemeinschaft (EAG, Euratom) 2, 5, 14, 31, 33, 81, 89, 195, 625
- Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) 2, 12, **1285**
- Europäische Gemeinschaft (EG) **3 ff.**, 13 f., 17, 19, 28, 195, 627, 681 f., 1291 f.
- Auflösung durch Vertrag von Lissabon 34
 - Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 13
- Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) 2, **4 ff.**, 13 f., 19 f., 195 f., 625
- Auflösung 19 f.
 - Hohe Behörde 5
 - Ministerrat 5
- Europäische Grundrechteagentur (FRA) 308
- Europäische Investitionsbank (EIB) 298, **306**, 326, 583, 587
- Europäische Kommission, s. Kommission
- Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) 2, 276, 625 f., **680 ff.**, 683
- 1. Zusatzprotokoll 219
 - allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts 635
 - Beitritt der Union 29, 59, 435, 680, **683 ff.**
 - Bindung der Union an die EMRK 680
- Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) 4
- Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) 7, 11, 625, 1260
- Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), s. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
- Europäische Umweltagentur 308

- Europäische Union (EU) 2, 10, 12 ff., 14, 20 ff., 23, 24 ff., 33 ff., 52, 54, 61, 100 ff.
- Agenturen 307 ff., 516, 1038 f., 1265, 1279, s. auch Agenturen der Europäischen Union
- Änderung des EU-Vertrags 68 ff., 77
- Beachtung des föderalen Prinzips beim Ausbau der EU 119 ff.
- Brückentheorie 129
- Einrichtungen und sonstige Stellen 292, 297, 307 ff., 408, 497 f., 516, 524, 525 f., 552, 565, 666, 669
- Europäische Union und Mitgliedstaaten 100 ff.
- Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG 114 f., 117 ff., 125 ff., 134 ff., 142, 759
- Ewigkeitsgarantie als absolute Schranke beim Ausbau von Union 115
- Grenzen der Integrationsgewalt 114, 124, 135
- Gründung 13
- Institutionelle Grundlagen der Europäischen Union 100 ff.
- Institutioneller Rahmen 50 ff., 197
- Integrationsgewalt 101, 105, 114, 119, 124, 135
- Kompetenzübertragungsklausel 125
- Kontrollbefugnis des BVerfG 123 ff.
- Kooperationsverhältnis des BVerfG mit dem EuGH 106
- Landesblindheit des EG-Rechts 119
- Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union 121
- Öffnung der nationalen Rechtsordnung 101
- Rechtssubjektivität gemäß Vertrag von Lissabon 52 f.
- Solange II-Rechtsprechung des BVerfG 106, 135 f.
- Souveränitätspanzer 41, 101
- Subsidiaritätsprinzip 160 ff.
- Struktursicherungsklausel (Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG) 105, 125
- Supranationale erste Säule der Union 33, 42 f., 102
- Supranationaler Charakter des Unionsrechts 40 f.
- Supranationalität 60
- Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen und internationale Organisationen 100 f.
- Unionsorgane 198 ff.
- Verfassungsbestandsklausel (Art. 23 Abs. 1 Satz 3 GG) 114, 125
- Verfassungsrechtliche Grenzen des Ausbaus der Union 114 ff.
- Verfassungsrechtliche Grundlagen der EU-Mitgliedschaft nach dem Grundgesetz 100 ff.
- Wirksamer Grundrechtsschutz als verfassungsrechtliche Teilnahmevoraussetzung 106 ff.
- Zustimmungsgesetz 13, 100, 109, 125, 129, 158, 177 ff., 347
- Europäische Verteidigungsagentur (EVA) 1265, 1279
- Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 4
- Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) 933
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), s. Europäische Gemeinschaft
- Europäische Zentralbank (EZB) 290 ff., 468, 493 f., 497 f., 498 f., 547, 587, 595, s. auch Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)
- Organstellung 290
- Sitz 290
- Europäischer Auswärtiger Dienst 62, 273, 1276
- Europäischer Flüchtlingsfonds 1048
- Europäischer Gerichtshof (EuGH) 18, 50, 106, 136, 140 f., 176, 195 ff., 275 ff., 419, 452 ff., s. auch Gericht (EuG), s. auch Fachgerichte
- Abgrenzung zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 276
- Abgrenzung zum Gericht 276
- Fachgerichte 275, 284, 289, 452, 460 f., 572
- Generalanwälte 278, 280 ff., 285, 391, 496
- gerichtliche Kammern 289

- Große Kammer 279, 286
- Kanzler 243, 283
- Neubesetzung der Richterstellen 278, 285
- Plenum 279, 286, 469
- Rechtsschutz vor dem EuGH, s. dort
- richterliche Rechtsfortbildung 453, 600
- Schlussanträge der Generalanwälte 282 f., 469
- Sitz 275
- Stellung und Aufgaben des Gerichtshofs 452 ff.
- Wiederernennung der Richter 277
- Zuständigkeit im Rahmen der GASP 1262
- Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG 459 ff.
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) 680 ff.
 - *DSR Senator Lines* 682
 - *Matthews* 219, 759
- Europäischer Rat 9, 11 ff., 20 ff., 24 ff., 69 ff., 74 f., 94, 193, **226 ff.**, 257 f., 271, 324, 344, 527, 630, 1041, 1055, 1064, 1269
 - Abgrenzung zum Rat der Europäischen Union 235
 - Bezeichnung 9
 - Einstimmigkeitsprinzip 234
 - Leitlinien der GASP 390, 1263
 - Organqualität 29
 - Präsident 29
 - Vorsitz 228
 - Zusammensetzung 227 ff.
- Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) 2, 10, 1285
- Europäisches Gericht, s. Gericht (EuG)
- Europäisches Gericht erster Instanz, s. Gericht (EuG)
- Europäisches Gesetz 27
- Europäisches Grenzüberwachungssystem (EUROSUR) 1039
- Europäisches Parlament 7, 29, **200 ff.**
 - demokratische Legitimation 109, 220
 - Direktwahl 9
 - Wahlrechtsgleichheit 109, 206, 208, 211, 220
- Europäisches System der Zentralbanken 291 ff.
- Europäisches Währungssystem (EWS) 8, 290, s. auch Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)
- Europäisches Wettbewerbsnetz 1161
- Europarat 2, s. auch Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)
- Europarecht 1 f., s. auch Unionsrecht
 - im engeren Sinne 2
 - im weiteren Sinne 2
 - primäres 1
 - sekundäres 1
- Europol 1058, 1060, **1062**
- Euro-Rettungsschirm*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Evidenzkontrolle 695
- Exklusivvereinbarung 1134, 1141
- Fachgerichte 275, 284, **289**, 452, 459 f., 572
- Fidium Finanz AG* 1011
- FIAMM* 589
- Fischereipolitik 337
- Fiskalpakt 573
- Flughafen Leipzig/Halle* 1195
- Fördermittel 1162, 1195
- Förderungen 1162
- Fonds 19, 47, 269, 1048, 1281
 - Europäischer Flüchtlingsfonds 1048
 - Kohäsionsfonds 47
- Forschung und technologische Entwicklung 11
- Freihandelsabkommen, s. Handelsabkommen
- Freiheit des Dienstleistungsverkehrs, s. Dienstleistungsfreiheit
- Freiheit des Warenverkehrs, s. Warenverkehrsfreiheit
- Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV 1070, 1074 ff., **1100 ff.**, 1125, 1145, 1159
- Freistellungsentscheidung der Kommission 1103 ff.
- Freistellungsverordnungen, s. Gruppenfreistellungsverordnungen
- Freizeitbad Dorsten* 1204
- Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger 705 f., 708 f., **731 ff.**, 886
 - Aufenthaltsrichtlinien 731, 740

- Aufenthalts- und Bewegungsrecht 731 ff.
- Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit 708 f., 714
- Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 746
- Drittstaatsangehörige 736
- Eingriff 737
- EU-Grundrechte 743
- Familienangehörige 733 ff.
- Grundfreiheiten 715, 731, 737, 739
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 741
- persönlicher Schutzbereich 734
- Rechtfertigung 738 ff.
- sachlicher Schutzbereich 733
- Sekundärrecht 739 ff., 750 ff.
- Subsidiarität 731
- unmittelbare Anwendbarkeit 731
- Vorbehalt sozialer Absicherung 739 ff.
- Wahrung berechtigter Interessen 673
- Fusionsabkommen 195
- Fusionskontrolle 1067, 1125, 1149 ff.
 - Fusionskontrollverfahren 1154
 - Fusionskontrollverordnung 1164, 1147, 1150 ff.
 - „more economic approach“ 1070 ff., 1128, 1163, 1202, 1206, 1208
 - „one-stop-shop“ 1155
 - Schwellenwerte/Umsatzschwellenwerte/Generalschwellen/Spezialschwellen 1122, 1147, 1151
 - „significant impediment of effective competition“ 1153
 - unionsweite Bedeutung 1150 f., 1154 f., 1159
 - Unternehmenszusammenschlüsse 1073, 1149 f., 1159
- Fusionsvertrag 6 s. auch Organe der Union, s. auch Fusionsabkommen
- Garcia Avello* 713
- GATT, s. General Agreement on Tariffs and Trade
- Gebhard, Gebhard-Formel* 796, 891, 902 f., 905, 943 f., 948 ff.
- Gegenleistung 816, 868, 958, 1004, 1012, 1168, 1171, 1174 f., 1276 ff., 1191, 1250
- Geldbuße 412, 682, 1075, 1104, 1107, 1112, 1137
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) 14, 33 f., 42 ff., 53, 59, 67, 101, 155, 157, 229, 250 ff., 272 ff., 312, 342, 345 f., 362, 390, 436, 455 ff., 480, 487, 499, 522, 709 f., 1065, 1260 ff.
 - Abschluss völkerrechtlicher Verträge in Angelegenheiten der GASP 53
 - allgemeine Leitlinien 1269
 - Beschlussverfahren des Rates 342 f.
 - Einstimmigkeitsgrundsatz 1262
 - Europäische Verteidigungsagentur 1265, 1279
 - Finanzierung 1281
 - Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) 1264 ff.
 - gemeinsame Strategien des Europäischen Rates 1278
 - Handeln des Europäischen Rates 1261, 1296, 1269
 - Handelsembargo 1293 ff.
 - Hoher Vertreter für die GASP 1275
 - Justiziabilität 390, 455 f.
 - Leitlinien des Europäischen Rates 1263
 - Militärausschuss der EU 1278
 - Militärstab der EU 1278
 - Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee 1277
 - Rechtsschutz 455 f.
 - Sonderbeauftragte 1280
 - Standpunkte 7, 273, 342 ff., 1270, 1269
 - Unterrichtung und Abstimmung 67, 1272
 - Ziele 1260 ff.
- Gemeinsame Handelspolitik 54, 146, 1287 ff.
- Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) 1264 ff.
 - EU-Eingreiftruppe 1266
 - EU-Kampfgruppen 1266
 - Europäische Verteidigungsagentur 1265, 1279
 - EU-Truppenstatut 1267
 - Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) 1268
- Gemeinsamer Markt 5, s. auch Binnenmarkt
- Gemeinsamer Zolltarif (GZT) 8, 812, 817

- Gemeinwohlverpflichtungen 1182, 1241, 1244
- Genehmigungen 191 ff., 783 ff., 834 ff., 942, 975, 982, 991, 996, 1015, 1022, 1024, 1088, 1123, 1154, 1164, 1205, 1210, 1216, 1224, 1248
- Genehmigungsvorbehalt 783, 1123, 1164
- General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) 433, 435, 1291
- Generaldirektion 265
- Generalklausel des Art. 352 AEUV 157 ff.
- Genschler-Colombo-Initiative 10
- Gericht (EuG) 275, 284 ff., 452, 459 ff., 464, 465 ff., 496, s. auch EuGH
- Kammern 286
 - keine obligatorischen Generalanwälte 284
 - Verhältnis zum EuGH 284
 - Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG 459 ff.
- Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften, s. Gericht (EuG)
- Gesamtnichtigkeit 1230
- Gesetzgebungsakte 362
- Gewinnerzielung 592, 958, 1194
- Absicht der 1081, 1194
- Gläubiger 949, 951, 993, 1028, 1175
- öffentlicher 1175
 - privater 1175
- Gleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern 697 ff., s. auch Ungleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern
- Gleichheitssatz, Art. 18 Abs. 1 AEUV 697 ff., s. auch Allgemeines Diskriminierungsverbot Art. 18 AEUV
- Google Shopping* 1137
- Gravier* 703
- Griechenland-Soforthilfe, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Gründungstheorie, s. Niederlassungsfreiheit
- Grundfreiheiten des AEU-Vertrags 697, 701, 704, 706 f., 707 f., 780 ff., 810, 828, 896 ff., 921, 949, 957 ff., 985 ff., 1008 ff., zu den einzelnen Grundfreiheiten s. auch dort
- abschließende Harmonisierung 782
 - Arbeitnehmerfreizügigkeit 866 ff., s. auch dort
 - Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten 780 f.
 - Beschränkungsverbot 707, 713 ff., 737, 794 f., 801, 831, 857, 885, 889, 891, 893, 896, 943 f., 974, 979 ff., 1015 ff., s. auch dort
 - Bestimmungslandprinzip 791
 - Beurteilungsspielraum 802 ff.
 - Binnenmarktphilosophie 779, 920
 - Diskriminierungsverbot 697 ff., 719, 732, 744, 791, 832, 879, 938 ff., 976 ff., 985, 1015, 1179, s. auch Diskriminierungsverbot
 - Drittwirkung 785, 789
 - Eingriff 788 f., 827 ff., 882 ff., 937 ff., 973 ff., 1014 ff.
 - Ermessensspielraum 802
 - Errichtung eines Binnenmarktes 780
 - fehlende Nähebeziehung 796
 - Freiheit des Dienstleistungsverkehrs 955 ff., s. auch Dienstleistungsfreiheit
 - Freiheit des Warenverkehrs 811 ff., s. auch Warenverkehrsfreiheit
 - Gebot der kohärenten und systematischen Zweckerreichung 804
 - grenzüberschreitender Bezug 786 f., 1003
 - Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 801 f., 837, 851, 855, 861, 909, 945, 947, 951 f., 996 f., 1020, 1024, 1029, s. auch dort
 - Herkunftslandprinzip 795
 - Inländerdiskriminierung 780, s. auch dort
 - Inländergleichbehandlungsgebot 791, s. auch dort
 - intermediäre Gewalten 789
 - juristische Personen als Berechtigte 922 ff.
 - Kapitalverkehrsfreiheit 1004 ff., s. auch dort
 - *Keck*-Formel 796 ff., 824, 831 f., 838 ff., 844 ff., 845 f., 896 ff., 944, 985 ff., 1016, s. auch dort
 - Konkordanzprüfung 805, 862, 907
 - Konkretisierung des Schutzbereichs durch Verordnungen 796

- Konsequenzgebot 804
- Konvergenz der Grundfreiheiten **785 ff.**, 943, 1025
- Marktzugang 838, 843
- Maßnahmen des Herkunftsstaates 790
- Maßnahmen, die den Marktaustritt im Herkunftsstaat erschweren 790
- mittelbare Diskriminierung 791
- negative Integration 780
- Niederlassungsfreiheit 912 ff., s. auch dort
- Nutzungsmodalitäten 844
- persönlicher Schutzbereich **786 f.**, 826, 878 f., 919 ff., 969 ff., 1013
- private Verpflichtungsadressaten 805
- Prüfungsschema 810
- „race to the bottom“-Problematik 780
- räumlicher Schutzbereich **786 f.**, 1013
- Rechtfertigung bei Eingriff **780 f.**, **799 ff.**, 832, 847 ff., 898 ff., 945 ff., 989 ff., 1018 ff.
- Rechtfertigungen nach der sog. *Cassis*-Formel, s. dort
- Rechtsfolgen eines Grundfreiheitsverstoßes, s. dort
- rein innerstaatlicher Sachverhalt 786 f.
- sachliche Gründe als neue Rechtfertigungskategorie 805
- sachlicher Schutzbereich 702, **786 f.**, 818 ff., 868 ff., 914 ff., 957 ff., 1005 ff., 1012 ff.
- Schranken, Schrankenebene **799 ff.**, 858, **898 ff.**
- Schranken-Schranken 801 f., 803, 909 f., 951 f., 996, 1020, 1024, 1026
- Schutzbereich der Grundfreiheiten 701, **786 f.**, 818 ff., 867 ff., 913 ff., 956 ff., 1005 ff., 1012 ff.
- Schutzpflichten 788
- Sozialdumping 779
- Struktur der Grundfreiheiten **785 ff.**, 943, 1021
- Struktur des Eingriffs 790
- Unionsgrundrechte als Schranken für die Grundfreiheiten, als Schranken-Schranken 802
- unmittelbare Drittwirkung 789
- unterschiedslos wirkende Beschränkung 794 f., 983, 985
- unterschiedslos wirkende Marktzugangsbehinderung 794 ff., 985
- unterschiedslos wirkende Maßnahme 794, 832, 837, 943
- Verhältnis von Primärrecht und Sekundärrecht 780, 807
- Verhältnis zu den Grundrechten **905 ff.**
- Verordnungen 807
- Verpflichtungsadressaten der Grundfreiheiten 788
- Verwendungsbeschränkungen 844
- Vorrang des Sekundärrechts 782
- Warenverkehrsfreiheit 811 ff., s. auch dort
- Zahlungsverkehrsfreiheit 1004 ff., s. auch dort
- zeitlicher Schutzbereich **786 f.**, 881 ff., 1013
- Zurechnung 788
- Grundrechte **29**, **636 ff.**, 905 ff., 990, 995 ff.
- Abwehrrechte 636
- Adressaten 636, **669 f.**
- allgemeine Handlungsfreiheit 635
- allgemeiner Gleichheitssatz 678 ff.
- als allgemeine Rechtsgrundsätze 635
- als objektive Rechtssätze 636
- Beeinträchtigung durch Private 636
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union 25, 26, 29, 40, 625, **630 ff.**
- Drittwirkung 664
- Eingriff 669 ff.
- EU-Grundrechte **625 f.**, 821
- Rechtfertigung von Eingriffen in die Grundrechte 671 ff.
- Rolle der EMRK 29, 635, **680 ff.**
- Schranken 671
- Schutzpflicht 636
- Träger 668
- Verhältnis zu den Grundfreiheiten 629, **905 ff.**
- Wahrung als Aufgabe der Union 635
- Wesensgehalt 677
- Würde des Menschen 665

- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 97, 113, 160, 165 ff., **171 ff.**, 369, 399, 421, 497, 590, **676**, 679, 740, 749, 801 f., 851, 861, 909, 945, 948, 951 f., 996, 1024, 1029, 1036, 1148, 1247
- Adressaten des Grundsatzes 173
 - Diplomanerkennung 952
 - Einschränkung von Grundfreiheiten, Schranken-Schranken **791 f.**, 857, 909, 945, 948, 951 ff., 996, 1020, 1024, 1029
 - Einschränkung von Grundrechten 676
 - Genehmigungserfordernisse 975, 982
 - Gläubigerschutz 949, 951, 993
 - Kohärenzgebot 804
 - Verhältnismäßigkeit von Ungleichbehandlungen 671 f.
 - Willkürverbot 1020, 1026
 - Wirkung des Grundsatzes 174
- Gruppenfreistellungsregime 1164
- Gruppenfreistellungsverordnung 1070, **1102 f.**, 1107, 1163 f., 1207, **1213 f.**
- Beihilfen 1163 f., 1207, **1213 f.**
 - Kartellrecht **1102 f.**, 1107
- Grzelczyk* 705, 723
- Haftung der Union 539 ff., **583 ff.**
- Adäquanzkausalität 593
 - Amtshaftungsklage 539 ff.
 - Amtshandlung 586
 - Amtstätigkeit, administrative 586
 - Ansprüche 583
 - Aufopferungsansprüche 589
 - außervertragliche **585 ff.**
 - Bedienstete, Haftung 587, **597 f.**
 - bei Vertragsschluss 583
 - Eigenschäden 597
 - entgangener Gewinn 595
 - Ermessenspielraum 600
 - Fremdschäden 597
 - für rechtmäßiges Unionshandeln 589
 - für rechtsetzende Tätigkeit 586, **591**
 - für rechtsprechende Tätigkeit 586
 - Gestaltungsspielraum 591
 - Kausalität 593
 - Mitwirkung des Geschädigten, zurechenbare 595
 - Naturalrestitution 595
 - Nicht-/Schlechterfüllung 583
 - Organe der Union 587
 - Recht, auf Verträge anzuwendendes 583
 - Rechtsfolge 595 ff.
 - Rechtsnorm, höherrangige individualschützende 591
 - Rechtswidrigkeit 588
 - Schaden 592
 - Schadensersatz 595
 - Schiedsklausel 584
 - Schutznormen, Schutznormverletzung 590
 - Sonderopfer 589
 - Sorgfaltspflichtverletzung 583
 - unionsrechtswidrige Normativeakte 591
 - vertragliche **583 f.**
 - Verletzung einer Rechtsnorm 591
 - Vermögensschaden 592
 - Verschuldensunabhängigkeit 594
 - Zinsen 595
- Haftung der Mitgliedstaaten 599 ff.
- Adäquanzkausalität 618
 - Auslegung einer Unionsrechtsnorm 615
 - Ermessensüberschreitung 612
 - für rechtsetzende Tätigkeit 606, 616
 - für rechtsprechende Tätigkeit 606
 - Haftungsanspruch, Herleitung 600 ff.
 - Haftungsinstitut, unionsrechtliches 602
 - Haftungsvoraussetzungen 603
 - Herleitung 600 ff.
 - Haftungsinstitut, unionsrechtliches 602
 - haftungsrechtliche Einheit des Mitgliedstaats 606
 - Handlungsspielraum, mitgliedstaatlicher 601
 - Kausalzusammenhang 618
 - Nichtbeachtung von unionsrechtlichen Bestimmungen 606
 - Nichtumsetzung einer Richtlinie 604, 606
 - richterliche Rechtsfortbildung 600
 - Rechtsfolge 620 ff.
 - Schadensersatzanspruch, Grundlage 602
 - Schadensersatzanspruch, Art und Umfang 620 ff.
 - Schadensersatzanspruch, Schuldner 621
 - Schadensersatzanspruch, Voraussetzungen 601, **608 f.**
 - Schadensminderungspflicht 619

- Schutzpflichtverletzung 607
- Staatshaftungsanspruch, Haftungsanspruch 606, **620 ff.**
- subjektive Rechte, Verleihung 610
- Verschuldensunabhängigkeit 608
- Verstoß durch mitgliedstaatliche Gerichte 606
- Verstoß gegen Unionsrecht **604 ff.**, 607, 616
- Verstoß, hinreichende Qualifikation 611 ff.
- Voraussetzungen 601, **603 ff.**
- Handelsabkommen 435, 821, 1288 f., 1291
- CETA 1289
- Handelsbeeinträchtigung 831 ff., 855 f., 1094 ff., **1203 f.**, 1247
- Handelsembargo 1293 ff.
- Handelspolitik 1287 ff., s. auch Gemeinsame Handelspolitik
- Handwerksrolle 949
- Hartlauer* 613
- Herkunftslandprinzip **791**, 801, 834, 953, 999
- Hierarchisierung der Unionsrechtsordnung 76
- Hinreichende Etikettierung der Produkte s. *Cassis*
- HIT* 975
- Höfner und Elser* 1076
- Hoheitsgewalt 105, 106, 108, 111, 123, 127, 130, 207, 621, 625, 627, 647, 649 f., 755, 979, 982, 1080
- Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik 271 ff., 1275 ff.
- Honeywell*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Hypothetischer Monopoltest* 1116

- i-21 Germany und Arcor* 448
- Identitätskontrolle des BVerfG 125, **126 ff.**, 134, 136, 140, 143, 1289
- Immobilienwerb 940, 976, 1006, 1024, 1028
- Einseitigkeit 1006
- Genehmigungserfordernis 1022
- Raumplanung 1028
- „implied powers“-Lehre 55, 157 ff., s. auch Kompetenzen
- IMS Health* 1132
- Infrastruktur 842, 961, 1039, 1130 f., 1148, 1179 f., 1195, 1198 f., 1204, 1209, 1255
- Infrastrukturförderung 1179
- Inländerdiskriminierung 180, 707, 780, 795, 865, 873, 917, s. auch Diskriminierungsverbot
- Inländergleichbehandlung 700 f., 751, 791, 808, 880, 885, 974, 977, 979 ff., 985, s. auch Gleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern, s. auch Inländerdiskriminierung
- Institutioneller Rahmen der EU **50 ff.**, 197
- Institutionen der Europäischen Union 298 ff.
- Ausschuss der Regionen 302 ff.
- Europäische Investitionsbank 306
- Europäische Zentralbank **290 ff.**
- Europäisches System der Zentralbanken 140, **291 ff.**
- Neben-, Hilfs- oder Sekundärorgane 298
- Wirtschafts- und Sozialausschuss 299 ff.
- Intel* 1141
- Intergouvernementalität **33**, **35 ff.**, 50
- Internationale Handelsgesellschaft* 627
- Internationales Zentrum für wissenschaftliche und technische Information (IZWTI) 2
- Inspire Art* 927, 929
- ITC* 960, 966

- Janecek* 581
- Jipa* 737
- Joint dominance, s. kollektive Marktmacht
- Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen 1051 ff.
- Änderungen durch den Vertrag von Lissabon 1051
- Annäherung der Strafvorschriften 1053
- Einstimmigkeitsgrundsatz 1064
- Eurojust 1057 ff.
- Europäische Staatsanwaltschaft 193, 1051, **1060**
- Europäisches Netz für Kriminalprävention (ENKP) 1056
- Europol 308, 1058, 1060, **1062**

- grenzüberschreitende
Verbrechensbekämpfung 1052
- Ziele 1051 ff.
- Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen
1049 f.
- Kadi I* 436, 694
- Kadi II* 695
- Kabla* 1236
- Kampfpreispolitik 1144
- Kapitalverkehrsfreiheit 698, 798, 818, 962,
1000, 1004 ff., 1022, 1025 f., 1031 f.
- Abgrenzung zur Dienstleistungsfreiheit
962, 1011
- Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit
1009, 1025
- Abgrenzung zur Warenverkehrsfreiheit
1006
- Begriff des Kapitalverkehrs 1004 f.
- Beschränkungsverbot, einheitliches 1015
- Direktinvestitionen 1006
- Eingriff 1014 ff.
- Geldkapital 1006
- Grundrechte als Rechtfertigung 1030
- Immobilienerwerb 1024, 1028
- intermediäre Gewalten 1014, 1030
- *Keck*-Formel 1016
- Maßnahmen gegen Zuwiderhandlungen
1021
- Meldeverfahren für den Kapitalverkehr
1022
- öffentliche Sicherheit und Ordnung
1013
- persönlicher Schutzbereich 1013
- räumlicher Schutzbereich 1013
- Rechtfertigungsgründe 1018 ff.
- Rechtfertigungsgründe der
Niederlassungsfreiheit 1025
- sachlicher Schutzbereich 1005 ff.
- Schranken-Schranken 1020, 1024, 1026,
1029
- Schutzpflicht 1014, 1030
- Steuerhoheit der Mitgliedstaaten 1019
- Ungleichbehandlung nach Wohn- oder
Kapitalanlageort 1019
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 1020,
1024, 1026, 1029
- Verpflichtungsadressaten 1014
- willkürliche Diskriminierung 1020, 1024
- Zahlungsbilanz 1006
- zwingende Gründe des
Allgemeininteresses 1020, 1027 ff.
- Kartellbehörden 1075, 1100, 1155, 1158 f.,
s. auch Wettbewerbsbehörden
- Kartelle 1073, 1162
- Kartellrecht 413, 439, 1073 ff., 1131, 1137,
1155, 1158 f., 1162 f., 1193
- Kartellverbot 1164, 1073 ff.
- Anwendungsbereich 1157
- Abgestimmte Verhaltensweisen 1067,
1073, 1089
- Bagatellbekanntmachung 1098
- Beschlüsse von
Unternehmensvereinigungen 1076, 1081,
1083, 1091
- Beweislastverteilung 1103
- Einzelhandelspreisbindung 1070
- Erfasste Verhaltensweisen 1089 ff.
- Faktische Reaktionsverbundenheit 1093
- Faktisches Parallelverhalten 1093
- Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV
1100 ff., 1158
- Freistellungsentscheidung 1074, 1107,
1125
- Geldbuße 1075
- Gentlemen's agreements 1089
- Gewinnerzielungsabsicht 1079, 1081
- Gruppenfreistellungsverordnungen
1102 f.
- Handelsbeeinträchtigung 1094 ff.
- Handlungsspielraum 1088
- Hoheitsgewalt 1080
- Kartelle 1162
- Kartellverfahrensverordnung 1089,
1103 ff.
- Kernbeschränkungen 1095, 1102
- kollektive Klagemöglichkeit 1110
- Kommissionsbefugnisse 1103 ff.
- Koordinierung zwischen Unternehmen
1092
- Krankenkassen, gesetzliche 1081
- Legalausnahme 1073 ff., 1100
- Leitlinien 1100
- Lizenzvertrag 1102
- Marktanalyse 1094
- Marktbedingungen 1093, 1124 f., 1202

- Marktübliche Reaktionen 1093
- Marktverhalten 1093
- Marktzugang, Behinderung 1094
- Mitgliedstaaten als Adressaten 1087
- Paralleleinfuhren, Verhinderung von 1094
- Rule of reason 1070, 1095 f.
- Schadensersatzanspruch 1108
- „Schwarze Klauseln“ 1102
- Sektorenuntersuchung 1106
- Sicherungssysteme, soziale 1081 ff.
- Spürbarkeit, „De-minimis“-Regel 1098 ff.
- Strukturelle Abhilfemaßnahmen 1107
- Unternehmen 1076 ff.
- Unternehmen, Organisationsform 1079
- Unternehmen, Rechtsträger 1082
- Unternehmen, Anteilseigner 1082
- Unternehmensbegriff 1076, 1081, 1083
- Verhaltenskoordinierung 1094
- Vereinbarungen 1084, 1089, 1092, 1095
- Verfahrensverordnung 1100, 1103 ff.
- Verpflichtungszusagen 1106
- Verteidigungsrechte der Betroffenen 1105, 1107
- Wettbewerbsbeschränkung 1036, 1050, 1053, 1055 f.
- Wettbewerbsverfälschung 1094 ff.
- Wettbewerbsvorschriften 1067
- „Weiße Klauseln“ 1102
- Wirtschaftliche Tätigkeit 1076
- Ziele, außerökonomische 1101
- Zwischenstaatlichkeitsklausel 1127
- Kartellverfahrensverordnung 1100, **1103 ff.**
- Keck, Keck-Formel* 796 ff., 810, 824, 831 f., 838 ff., 845, 896 f., 944, 985 ff., 1015, 1018
- bestimmte Verkaufsmodalitäten 838
- Dienstleistungsfreiheit 985 ff.
- Einfluss der Regelung auf den Marktzugang 841
- Ladenschlusszeiten 841
- Markterschließungsfunktion der Werbung 842
- Niederlassungsfreiheit 943 f.
- produktbezogene Regelungen 839
- Sonntagsverkaufsverbote 841
- Verkaufsmodalitäten, die den Marktzugang spezifisch behindern 842
- Zugang auf allen Marktstufen 842
- Kempter* 184, 448
- Klammerfunktion der Europäischen Union 46 ff.
- Kohärenz 46 ff., 804
- Äußere Kohärenz 48
- Innere Kohärenz 47
- Kohäsion 47
- Materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot 46 ff.
- Spezielle Kohärenzregelungen 49
- Unbedingte Umsetzungsverpflichtung bei GASP-Entscheidungen über ein Handelsembargo 49
- Kohl* 783, 792, 975, 982
- Kollektive Marktbeherrschung 1123 ff.
- Kollektive Marktmacht (auch joint dominance/collective dominance) 1123
- Komitologie **329 ff.**
- Beratungsverfahren 337 f.
- Durchführungsbefugnisse 335
- gestuftes Sekundärrechtsverhältnis 331, 361
- Komitologie-Verordnung 332 ff.
- Prüfverfahren 337, 339 ff.
- Kommission 26, 29, **252 ff.**
- als „Hüterin der Verträge“ 267
- als „Motor der Integration“ 268
- Amtszeit der Mitglieder 254 ff., 259
- Aufgaben der Kommission 266 ff.
- Ausführung des Haushaltsplans 269
- Beschlussfassung 270
- Ernennung der Mitglieder 257 f.
- Erstellung des Gesamtberichts über die Tätigkeiten der Europäischen Union 269
- Generaldirektionen 265
- gleichberechtigte Rotation 256
- Initiativmonopol 268
- Mitgliederzahl 254 ff.
- Präsident 254 f.
- Unabhängigkeit der Mitglieder 253
- Verwaltungsunterbau 265
- Zusammensetzung und Organisation 253 ff.
- Kommunalwahlrecht 13, **753 ff.**
- aktives Wahlrecht 13, 755 f.
- Demokratieprinzip des Grundgesetzes 755

- Durchführungsbestimmungen 754 f., 756
- passives Wahlrecht 13, 755 f.
- Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz 755
- wahlrechtliche Gleichbehandlung 753
- Wahlrechtssystem 754
- Kompensation 1168, 1171, 1249
- Kompetenzen der Union 29, 144 ff., 1288
 - ausschließliche Zuständigkeiten 145 f., 1288
 - begrenzte Verbandskompetenz 152
 - Gesetzgebungsnotstand 145
 - geteilte Zuständigkeiten 147 f.
 - in den Politikbereichen, s. Politiken der Union
 - Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten 144 ff.
 - Kompetenz-Kompetenz 151, 158
 - konkurrierende Zuständigkeiten 144
 - Konzept der ausschließlichen und konkurrierenden Kompetenzen 144
 - Mitgliedstaaten als Sachwalter des gemeinsamen Interesses 145
 - parallele Kompetenz 147
 - Parallelität von Innen- und Außenkompetenz 54, 159
 - Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung 151 ff.
 - Rahmen- und Beitragskompetenzen 150
 - Verbandskompetenz 152
 - zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge 54 ff., 1288
 - Konkurrentenklage, s. Nichtigkeitsklage und Untätigkeitsklage
- Kontrolle durch die Kommission 1160, 1219 ff., 1258 ff.
- Kostensenkungswirkung 1170
- Köbler* 617
- Kranemann* 893
- Krankenkassen, gesetzliche 746, 1081
- Kulturförderung 1210
- Kühne & Heitz* 182 f., 448

- Las* 879, 905
- Legalausnahme 1073 ff., 1100 ff., 1164, 1209 ff., s. auch Beihilfen
- Leistung 598, 704 f., 747, 801, 868, 872, 911, 915, 958 ff., 963 ff., 977, 982, 1012 f., 1081, 1128 f., 1168
- Leistungs-/Gegenleistungsverhältnis 1178, 1181 f., s. auch Beihilfen
- Leitbild eines „mündigen Verbrauchers“ 861
- Leitlinien 9, 87 f., 358, 390, 400, 10363, 1095, 1100, 1102, 1207, 1213, 1263, 1269
 - des Europäischen Rates 1263, 1269
 - der Kommission 1095, 1100, 1102, 1207, 1213 f.
- Lieferungen 1012
- Lieferverweigerung 1140
- Lissabonner Vertrag, s. Vertrag von Lissabon
- Lizenzvertrag 1102
- „long-term investor“ 1174
- Lucchini* 185, 580
- Luxemburger Kompromiss 6, 249, 313, 343, s. auch „Politik des leeren Stuhls“
- Luxemburger Vereinbarung, s. Luxemburger Kompromiss

- Maastrichter Vertrag, s. Vertrag von Maastricht
- Maastricht*-Urteil, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Magill* 1131
- „market economy investor“ 1173, s. auch Beihilfen
- Markt, gemeinsamer, s. Binnenmarkt
- Marktabgrenzung 1114 ff.
- Marktanalyse 1094, 1201, 1249, s. auch Beihilfen, Kartellverbot
- Marktbedingungen 1093, 1168, 1202, s. auch Beihilfen, Kartellverbot
- Marktbeherrschende Stellung eines Unternehmens 266, 844, 1013, 1086, 1111, 1113 ff.
 - Angebotssubstituierbarkeit 1119 f.
 - Bedarfsmarktkonzept 1115
 - Effizienz 1122
 - Innenwettbewerb 1122
 - Kollektive Marktbeherrschung 1123 ff.
 - Kollektive Marktmacht (joint dominance/collective dominance) 1123
 - Marktanteil 1114
 - Marktbeherrschende(s) Unternehmen 1121, 1123
 - Markteintrittsschranken 1122

- Nachfragesubstituierbarkeit 1115
- Oligopol 1123 ff.
- Parallelverhalten 1093, 1124 f.
- Räumlich relevanter Markt 1114
- Sachlich relevanter Markt 1114
- Wesentlicher Teil des Binnenmarktes 1126
- Wettbewerbsbedingungen 1120
- Marktdefinition 1114 ff.
- Markterschließungsfunktion der Werbung 842
- Marktmacht 1111, **1122 f.**, 1131, 1138, s. auch Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, s. auch Missbrauchsaufsicht
- Marktübliche Reaktionen 1093, s. auch Kartellverbot
- Marktverhalten 1093, s. auch Kartellverbot
- Marktversagen 1206 ff., s. auch Beihilfen
- Marktwert 1180 f.
- Marktwirtschaft 79, 780, 1004, 1066, 1168 f., 1172 f., 1176
- Marktzugang, Marktzugangsbehinderung **794 ff.**, 810, 824, 831, **838 ff.**, 881, 896, 944, 953, 985, 989, 1016 f., 1094
- Maßnahmen gleicher Wirkung 833 ff., s. auch Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung
 - *Dassonville*-Formel 837
 - *Groenveld*-Formel 837
 - spezifische gegen die Ausfuhr gerichtete diskriminierende Maßnahmen 837
- Maßnahmenpaket der Kommission 1163, 1243, 1248 f., **1251 ff.**, s. auch Beihilfen
- Métropole Télévision* 1241
- Microsoft* 1131 f.
- Ministerrat, s. Rat der Europäischen Union
- Missbrauchsaufsicht **1111 ff.**, 1163
- Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung 1067, **1128 ff.**
 - Anwendungsbereich 1157
 - Ausbeutungsmissbrauch 1129
 - Behinderungsmissbrauch 1129
 - Beweislastverteilung 1103
 - Bündelung 1128, 1138 ff.
 - „essential facility“ 1130
 - Exklusivvereinbarung 1135, 1141
 - Freistellung 1128
 - *Google* 1137 f., 1139
 - Handlungsspielraum 1088
 - Kampfpreispolitik 1144
 - kollektive Klagemöglichkeit 1110
 - Kommissionsbefugnisse 1103 ff.
 - Kopplung 1138 ff.
 - Lieferverweigerung 1140
 - Marktbeherrschende Stellung 1113 ff.
 - Marktdefinition 1114 ff.
 - Marktmacht 1122
 - Missbrauchstatbestand 1122
 - Mitgliedstaaten als Adressaten 1087
 - „more economic approach“ 1106
 - Oligopol 1128
 - Parallelverhalten 1124 f.
 - Patente 1094, 1140, 1133
 - *Post Danmark II* 1142
 - Preishöhenmissbrauch 1144
 - Preis-Kosten-Schere 1144
 - Rabattgewährung 1140 ff.
 - Rechtfertigung 1145
 - Schadensersatzanspruch 1108
 - Sektorenuntersuchung 1135
 - Selbstständigkeitspostulat 1068, 1089 ff.
 - SSNIP-Test 1116 f.
 - Strukturelle Abhilfemaßnahmen 1107
 - Verpflichtungszusagen 1107
 - Verteidigungsrechte der Betroffenen 1105, 1107
 - *Windows Media Player* 1138
 - Zugangsverweigerung 1130, 1133 f.
- Mitentscheidungsverfahren 17 f., 311 ff., 362, 738
- Mittelmeer-Union 1286 f.
- Montanunion, s. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
- Morgan* 747
- „more economic approach“ 1070, 1072, 1128, 1163, 1201, 1206, 1208
- Aktionsplan „Staatliche Beihilfen“ 1206
- Netzwerk der Kommission mit nationalen Wettbewerbsbehörden 1160
- National Grid Indus* 926, 929
- Netzwerk der Kommission mit nationalen Wettbewerbsbehörden 1160

- Nichtigkeit 175, 326, 459 ff., 1075, 1097, 1174, 1230 ff.
- Nichtigkeitsklage 113, 169, 393, 404, 456, 459 ff., **493 ff.**, 523 ff., 539, 545, 562, 576, 807
- Begründetheit 521 ff.
 - Funktion 493 ff.
 - Gegenstand der Klage **501 f.**, 509
 - Individualnichtigkeitsklage 493 ff., **500 ff.**
 - Individualnichtigkeitsklage von Gebietskörperschaften 513
 - individuelle Betroffenheit 507
 - Klageberechtigung 476 ff., 505
 - Klagefrist 518 f.
 - Konkurrentenklage 511 f.
 - Parteifähigkeit 497
 - *Plaumann*-Formel 509
 - Prüfungsschema 524
 - Rechtsschutzbedürfnis, spezifisches 520
 - Subsidiaritätsklage 497
 - unmittelbare Betroffenheit 508
 - Urteilstwirkungen 523
 - Zulässigkeit 496 ff.
- Niederlassungsfreiheit **912 ff.**, 955 f., 961, 989, 995, 998, 999 f., 1025 f., 1030 f.
- Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten 915, 1009
 - Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien 953 ff.
 - Ausweisung 947
 - Begriff 914
 - Bereichsausnahme für die Ausübung öffentlicher Gewalt 918
 - Beschränkung durch unterschiedslose Maßnahmen 943 ff., 948
 - Diplomanerkennung 952 ff.
 - Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 943
 - Diskriminierung nach der Staatsangehörigkeit 938
 - Eingriff 937 ff.
 - Eingriff des Herkunftsstaates 943, 951
 - Eintragung in die Handwerksrolle 949
 - Familienangehörige 921
 - Gläubigerschutz 951
 - grenzüberschreitender Bezug 924
 - Grundrechte 950 f.
 - Gründungstheorie 924 f.
 - Inländerdiskriminierung 917
 - intermediäre Gewalten 937, 950
 - juristische Personen als Berechtigte 922 ff.
 - *Keck*-Formel 944 f., s. auch dort
 - Marktzugangsbehinderungen 944
 - natürliche Personen als Berechtigte 920 ff.
 - offene Diskriminierung 939 f., 945
 - öffentliche Gesundheit 946
 - öffentliche Ordnung 945
 - öffentliche Sicherheit 946
 - persönlicher Schutzbereich 919 ff.
 - primäre 916
 - Rechtfertigungsgründe 945 ff.
 - sachlicher Schutzbereich 916 ff.
 - Schranken-Schranken 951 f.
 - Schutzpflicht 937, 950
 - sekundäre 916
 - Sitztheorie 925
 - ungeschriebene Rechtfertigungsgründe 948 f.
 - Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 951 f.
 - Verpflichtungsadressaten 937
 - versteckte Diskriminierung 942
 - Wegzugsfreiheit 917 ff., 920
 - Zuzugsfreiheit 917, 920
 - zwingende Gründe des Allgemeininteresses 949
- Notbremsemechanismus 103, **193 f.**
- Notifizierungspflicht 1215 f., 1225 f., 1254, 1256, s. auch Beihilfen
- Notifizierungsverfahren 450, 1215, 1218, **1219 ff.**, s. auch Beihilfen
- öffentliche Infrastrukturen 1198
- öffentliche Unternehmen, s. Unternehmen, öffentliche
- Oligopol 1123 ff., 1153, s. auch Marktbeherrschende Stellung eines Unternehmens, s. auch Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, s. auch Unternehmen mit besonderen oder ausschließlichen Rechten
- Omega* 990
- OMT*, s. Rechtsprechung des BVerfG „one-stop-shop“ 1155

- Ordentliches Gesetzgebungsverfahren 362
- Organe der Union 6, **195 ff.**
- Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften 195
 - Fusion 6
 - Gerichtshof, s. dort
 - Gewaltenteilung 198, 314
 - Institutionelles Gleichgewicht 198 ff.
 - Institutionen der Europäischen Union, s. dort
 - Kommission, s. dort
 - Kompetenzverschiebungen 200
 - Organleihe 50 ff.
 - Parlament, s. dort
 - Rat der Europäischen Union, s. dort
 - Rechnungshof, s. dort
- Osterweiterung der EU 12, 20 ff., s. auch Beitritt
- Beitrittspartnerschaften 21 f., 1284
 - Europa-Abkommen 12
- Outright Monetary Transaction (OMT) 140
- Paralleleinfuhren, Verhinderung von 1094, s. auch Kartellverbot
- Parallelimport 820
- Parallelverhalten 1093, 1124 f.
- „Pareto-Effizienz“ 1069, 1206
- Parlament 200 ff.
- 3%-Sperrklausel im Europawahlgesetz 213
 - 5%-Sperrklausel im Europawahlgesetz 211 ff.
 - Aufgaben 216 ff.
 - Beschlussfassung 224 f.
 - Bürgerbeauftragter des Europäischen Parlaments 223, 769 ff.
 - Europawahlgesetz 210 ff.
 - Fraktionen im Parlament 214
 - Geltung des jeweiligen Wahlrechts der Mitgliedstaaten 209
 - gleicher Erfolgswert 205
 - gleicher Zählwert 205
 - Grundsatz der Gleichheit der Wahl 208 ff.
 - kein Initiativrecht 216
 - Misstrauensvotum gegen die Kommission 222, 224
 - als „Mitgesetzgeber“ 220
 - Mitentscheidungsverfahren, s. dort
 - nichtständige Untersuchungsausschüsse 222
 - obligatorische Anhörung 216
 - Petitionsrecht eines jeden Unionsbürgers 14, 223, **766 ff.**
 - Sitz 215
 - Sitzkontingente 210
 - ständige Ausschüsse 214
 - Verhältniswahlsystem 205
 - Zusammensetzung und Organisation 201 ff.
- Patente 854, 1094, 1131, 1133 f.
- Pearle* 1187
- Petersberger Aufgaben 1265 f., 1278
- Pflicht zur Unionstreue 42, **189 ff.**, 396, 484, 788, 828
- Plaumann*-Formel, s. Nichtigkeitsklage
- „Politik des leeren Stuhls“ 6, s. auch Luxemburger Kompromiss
- Politiken der Union 1033 ff, 1260 ff.
- Forschung und technologische Entwicklung 11
 - Handelspolitik 146, **1287 ff.**
 - Sozialpolitik 11
 - Wirtschaftspolitik 11
- Politische Union 5, 12
- Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS) 28, 33, 35 f., 101, 550, 706, 709 f., 1051 f., 1262
- Polizeiliche Zusammenarbeit 1061 ff.
- Handlungsfelder 1063 f.
 - Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 2 AEUV 1063
 - Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 3 AEUV 1064
 - Rahmenbeschluss 706, 709
 - sonstige Beschlüsse des Rates 1063 f.
 - völkerrechtliche Übereinkommen nach Art. 37 EUV 1065
 - Ziele 968 ff.
 - Zuständigkeit in Europol-Angelegenheiten 1062
- Post Danmark II* 1142
- Praktische Konkordanz 675, 708

- Preishöhenmissbrauch 1144
 Preis-Kosten-Schere 1144
PreussenElektra 1147 ff.
 Primäres Unionsrecht 39, 349 ff., 432, 480, 487, 491, 605
 Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung (compétences d'attribution) 36, 54, 103, 129, 151 ff., 157 f., 196, 199, 216, 288, 310, 361, 398, 403, 416, 445, 452 f., 680, 689, 766, 1071, 1229
 – allgemeine Rechtsgrundsätze 420
 – begrenzte Organkompetenz 152
 – begrenzte Verbandskompetenz 152
 – Doppelabstützung 154 f.
 – Wohnheitsrecht 236
 – „implied powers“-Regel 55, 157
 – institutionelles Gleichgewicht 156
 – Kompetenzergänzungsbestimmung (Art. 352 AEUV) 103, 157 ff., 168, 307
 – Mehrfachabstützung 154 f.
 – Rechtssetzungsverfahren 309 ff.
 – richterliche Rechtsfortbildung 453
 – Vertragsschlusskompetenz 54 ff., 1289
 „Private creditor“-Test 1175
 „Private purchaser“-Test 1173
 „Private vendor“-Test 1173
 Produktionszweige 1166, 1168, 1193 ff.
 Protokolle 39, 83, 350, 683
 – über die Anwendung bestimmter Aspekte des Art. 26 AEUV auf das Vereinigte Königreich und Irland 1045
 – über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit 113, 167, 173
 – über die Außenbeziehungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich des Überschreitens der Außengrenzen 1039
 – über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union 112
 – über die Position Dänemarks 1045
 – über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands 1045
 – Zusatzprotokolle 681, 684
 Prozessuale Aspekte der Kontrolle durch das BVerfG am Maßstab des Art. 23 GG 123 ff., 142 f.
 – Prüfungsgegenstände der Kontrolle durch das BVerfG 123 ff.
 – Verantwortung des BVerfG für den Grundrechtsschutz in Deutschland 124
 Prüfungsschema für den unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruch 624
 Prüfungsschema für die Grundfreiheiten 810
 Prüfungsschema zu den Unionsgrundrechten 696
 Prüfungsschema zum Vorabentscheidungsverfahren 565
 Prüfungsschema zur Amtshaftungsklage 549
 Prüfungsschema zur Nichtigkeitsklage 524
 Prüfungsschema zur Unionsbürgerschaft, 730
 Prüfungsschema zur unionsbürgerlichen Freizügigkeit, 752
 Prüfungsschema zur Untätigkeitsklage 553
 Prüfungsschemata zu den Vertragsverletzungsverfahren 491 f.
 Public Private Partnerships 1179
 Rabattgewährung 1141 ff.
 Rat, s. Rat der Europäischen Union
 Rat der Europäischen Gemeinschaften, s. Rat der Europäischen Union
 Rat der Europäischen Union 29, 235 ff.
 – Abgrenzung zu den im „Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten“ 235
 – Abgrenzung zum Europäischen Rat 235
 – Aufgaben des Rats 242 f.
 – Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) 240
 – Beschlussfassung 244 ff.
 – COREPER 240
 – Fachministerräte 237
 – Generalsekretariat 240
 – Hauptrechtsetzungsorgan 242
 – Luxemburger Vereinbarung 343
 – Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ 237
 – Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ 237
 – Ratsformationen 237
 – Reihenfolge des Vorsitzes 239
 – Sitz 238
 – Staatssekretäre im Rat 236
 – Vertreter auf Ministerebene 236

- Zusammensetzung und Organisation 236 ff.
- Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 1033 ff.
- Reaktionsverbundenheit 1093, 1124 f.
- Rechnungshof 195, 221, **296 f.**, 493 ff., 527
- Recht auf Vergessen I*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Recht auf Vergessen II*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Rechtfertigung eines Eingriffs in eine Grundfreiheit 799 ff.
 - Arbeitnehmerfreizügigkeit 898 ff.
 - Dienstleistungsfreiheit 989 ff.
 - Kapitalverkehrsfreiheit 1018 ff.
 - Niederlassungsfreiheit 944 ff.
 - Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV, s. dort
 - Warenverkehrsfreiheit 847 ff.
 - Zahlungsverkehrsfreiheit 1018 ff.
- Rechtfertigung von staatlichen Ausgleichsleistungen nach Art. 106 Abs. 2 AEUV 1237 ff., s. auch Daseinsvorsorge
 - Betrauung 1243 ff.
 - Verhinderungserfordernis 1246 f.
 - Verhältnismäßigkeit 1247
 - Nettomehrkosten 1247, 1249, 1257
- Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV 847 ff.
 - abschließend und nicht ergänzungsfähig 848
 - Bestand und Ausübung des Rechts 854
 - enge Auslegung 848
 - Erschöpfungsgrundsatz 854
 - keine willkürliche Diskriminierung 856
 - öffentliche Sicherheit und Ordnung 849
 - öffentliche Sittlichkeit 850
 - Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums 854
 - Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen 851
 - Schutz des Lebens von Tieren oder Pflanzen 852
 - Tatbestände nichtwirtschaftlicher Art 855
 - Verhältnismäßigkeit 856
- Rechtsakte nach dem AEU-Vertrag 358 ff.
 - Akte der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, s. dort
 - Amtsblatt der Europäischen Union 405 ff.
 - Austauschbarkeit der Rechtsakte 398 f.
 - Begründungspflicht 402
 - Beschlüsse, s. dort
 - Durchsetzung 412 ff.
 - Empfehlungen und Stellungnahmen, s. dort
 - Entscheidungen, s. Beschlüsse
 - Formerfordernisse von Sekundärrecht 400 ff.
 - Inkrafttreten von Sekundärrecht 400 ff.
 - Rechtsbehelfsbelehrung 401
 - Rechtshandlungen eigener Art, s. dort
 - Richtlinien, s. dort
 - Verordnungen, s. dort
 - Völkerrechtliche Verträge, s. dort
 - Widerruf und Rücknahme 409 ff.
 - Zwangsmaßnahmen gegenüber Individuen 413
- Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter 361 f.
- Rechtsangleichung 193, 1049, 1051
- Rechtsetzungsverfahren **310 ff.**, 344
 - delegierte Rechtsakte 330 f., 361
 - Durchführungsrechtsakte 331 ff.
 - gemeinsamer Entwurf 313
 - Grundregel 313
 - Grundsatz der Gewaltenteilung 198, 314
 - Hauptrechtsetzungsverfahren 218
 - informeller Trilog 311
 - Initiativfunktion der Kommission 313
 - Komitologie 332 ff., s. auch dort
 - Kommissionsvorschlag 313
 - Konzertierungsverfahren 327
 - Luxemburger Vereinbarung 343, s. auch Luxemburger Kompromiss
 - Notbremsemechanismus 193 f.
 - ordentliches Gesetzgebungsverfahren **315 ff.**, 362
 - Verfahren der Anhörung 326 ff.
 - Verfahren der Mitentscheidung, s. ordentliches Gesetzgebungsverfahren
 - Verfahren der Zustimmung 328 ff.

- Vermittlungsausschuss 313, **319 ff.**
- Vetorecht des Parlaments 315
- Zweikammersystem 314
- Rechtsfolgen eines Grundfreiheitsverstoßes 806 ff.
- grundfreiheitskonforme Auslegung 807 f.
- Anwendungsvorrang 808
- Anspruch auf „Anpassung nach oben“ 808
- Rechtsfortbildung
- richterliche 453
- unionsrechtskonforme nationalen Rechts 186 ff.
- Rechtshandlungen eigener Art 389 ff.
- Akte im Rahmen der Organisationsgewalt 392
- autonome Vertragsänderungen 391
- Interorgan- oder interinstitutionelle Vereinbarungen 392
- Rechtsmittelverfahren 566 ff.
- Befugnis zur Einlegung eines Rechtsmittels 567
- Einheit, Kohärenz des Unionsrechts 572
- Devolutiveffekt 566
- „Rechtsfragen“, rechtsmittelfähige Fragen 568
- Rechtsmittelfrist 570
- Suspensiveffekt, fehlender 568
- Rechtsprechung des BVerfG 13, 26, 38, 74 f., 103, 106 f., 108 f., 112, 114 ff., 122, **123 ff.**, 142 f., 158, 177, 194, 206 f., 211 ff., 324, 347 f., 557, 559, 627, 648 f., 714, 729, 1066, 1236, 1289
- 3%-Sperrklausel im Europawahlrecht 213
- 5%-Sperrklausel im Europawahlrecht 211 ff.
- *Antiterrordatei* 649
- *Bananenmarktordnung*-Beschluss 106 f., 136 f., 326, 432 f., 675 ff.
- *Europäischer Haftbefehl* 115, 135 ff.
- *Euro-Rettungsschirm* 122
- *Honeywell*-Urteil 131
- Identitätskontrolle **125 ff.**, 134, 136, 140, 143
- *Lissabon*-Urteil 26, 38, 71, 73, 103, 109, 115, 118, 122, 124, **126 ff.**, 139, 142 f., 158, 177, 194, 205 f., 314, 324, 729
- *Maastricht*-Urteil 38, 103, 108, 111, 117, 122, 124, 129, **137 ff.**, 142, 158, 206, 347, 729, 1236
- *OMT*-Beschluss 124, 128, 140
- *OMT*-Urteil 103, 124, 127 ff., 142, 177
- *PSPP*-Urteil 133 f., 140, 347 f., 484
- *Recht auf Vergessen I* 135 f., 658 ff.
- *Recht auf Vergessen II* 136, 557, 642 f., 658 ff.
- *Solange*-Rechtsprechung 101, 114, 123, 125 135 ff., 140, 177, 559, 627
- Ultra-vires-Kontrolle 125, **129 ff.**, 140, 143
- Rechtsquellen der Europäischen Union **345 ff.**, 415, 443, 454
- autonome Rechtsordnung 346
- Drittwirkung des Primärrechts 357
- eingeschränkt unmittelbare Anwendbarkeit des Primärrechts 357 ff.
- Empfehlungen und Stellungnahmen, s. dort
- Entscheidung, s. Beschluss
- gewohnheitsrechtliche Rechtssätze 346, 359, **415 ff.**
- Horizontalwirkung des Primärrechts 357
- „lex posterior derogat legi priori“ 353
- „lex specialis derogat legi generali“ 353
- objektive Wirkung des Primärrechts 356
- primäres Unionsrecht 349 ff., s. auch dort
- Rechtsakte eigener Art, s. dort
- Rechtsnatur des Unionsrechts 345 ff.
- Richtlinie, s. dort
- sekundäres Unionsrecht 358 ff., s. auch dort
- Supranationalität 345
- ungeschriebene allgemeine Rechtsgrundsätze 352, 360, **419 ff.**
- unmittelbare Geltung des Primärrechts 356
- „Verfassungscharakter“ 346
- Verordnung, s. dort
- Vertikalwirkung des Primärrechts 356
- Völkerrecht, allgemeines, s. dort
- Rechtsschutz vor dem EuGH und dem EuG 452 ff.
- Aussetzung des Verfahrens 463 f.

- Stellung und Aufgaben des Gerichtshofs 452 ff.
- Verfahrensablauf vor dem EuGH und EuG 465 ff.
- Verfahrensarten, s. dort
- Verfahrenssprache 467
- Verweisung bei Unzuständigkeit 463 f.
- Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG 459 ff.
- Rechtsstaatsprinzip 92, 130, 156, 352, 401
- EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips 92
- Rechtsstaatsverfahren 92
- Rechtssubjektivität 44, 52 f.
- Reimport, s. Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung
- Richtlinie 59, 153, 155, **366 ff.**, 434, 438, 499, 503, 508, 510, 580, 604 ff., 1148, 1186, 1257 ff.
- Anerkennungs- und Koordinierungs- 912, 952, **953 ff.**, 997 f.
- Dienstleistungsrichtlinie, s. dort
- drittbelastende unmittelbare Wirkung 381
- Frustrationsverbot 370
- Gleichbehandlungsrichtlinie 887 f.
- horizontale unmittelbare Wirkung 377
- keine rückwirkende Umsetzung 368
- Umsetzungsformen und -mittel 369
- negative Horizontalwirkung 379
- Nichtumsetzung einer Richtlinie 368 f., 375, 377, 616
- objektive unmittelbare Wirkung 382
- richtlinienkonforme Auslegung 383 ff.
- Transparenzrichtlinie, s. dort
- umgekehrt vertikale unmittelbare Wirkung 376
- Umsetzungsfrist 367 f.
- unmittelbare Anwendbarkeit 363, 371
- unmittelbare Wirkung 365, **371 ff.**
- Verbindlichkeit für die Mitgliedstaaten 367 ff.
- vertikale unmittelbare Wirkung 375
- Vorwirkung 370
- Römische Verträge 5
- Rottmann* 724 ff.
- Rückforderung 450, 508, 513, 1228 ff.
- Rücknahmeverpflichtung für bestandskräftige, unionsrechtswidrige Verwaltungsakte 183 f.
- Rule of Reason 1070, 1095 f., s. auch Kartellverbot
- Schadensersatzanspruch
 - gegen die Union, s. Haftung der Union
 - gegen einen Mitgliedstaat, s. Haftung der Mitgliedstaaten
- Schengen-Besitzstand **1045 ff.**, 1064
 - Bulgarien 1046
 - Dänemark 1045
 - Einbeziehung in den Rahmen der Europäischen Union 1047
 - Finnland 1045
 - Irland 1045
 - Island 1045
 - Kroatien 1045
 - Liechtenstein 1046
 - Norwegen 1045
 - Rumänien 1046
 - Schweden 1045
 - Schweiz 1046
 - Zypern 1046
- Schengener Abkommen 1045 ff.
- Schmidberger* 607, 640 f., 675, 800, 829, 849, 862, 905, 950, 990
- Schuman-Monnet-Plan 4
- Schutz geistigen Eigentums 1130 ff., 1288 ff.
- Schutz- und Notstandsklauseln 191 ff.
 - Störung der öffentlichen Ordnung 192
 - Kriegs- oder Spannungsfall 192
- Schwellenwerte 1122, 1147, 1151, 1202 f., 1216
- Sektorenrichtlinie 953
- Sektoruntersuchung 1106, 1134
- Sekundäres EU-Sonderrecht 66
- Sekundäres Unionsrecht 40, 360, 362, 432, 434, 605, 610, 673, 682, 731, 890
 - allgemeine Rechtsgrundsätze 360
 - Beschlüsse, s. dort
 - gestuftes Sekundärrechtsverhältnis 331, 361
 - Gewohnheitsrecht 359
 - Kollisionen 361
 - Richtlinien, s. dort

- unmittelbare Anwendbarkeit 363
- Verordnungen, s. dort
- Sevic Systems* 931
- Sicherungssysteme, soziale 911, 1081
- Siegelbruchverfahren* 1104
- Sitztheorie 924 f., 928, s. auch Niederlassungsfreiheit
- Skanska Industrial Solutions u. a.* 1108 f.
- Societas Europaea (SE) 934 f.
- Societas Cooperativa Europaea (SCE) 935
- Societas Privata Europaea (SPE) 936
- Societas Unius Personae (SUP) 936
- Solange I*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Solange II*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Solange-Vorbehalt 140, 695
- Sonstige Stellen der EU 292, 307 ff., 408, 497 f., 516, 524 f., 527, 552, 565
- Sozialpolitik 11, 148 f., 237
- Spaak-Bericht 5
- Spürbarkeit 1098 f., 1202, s. auch Beihilfen, Kartellverbot
- Staatenverbund 37 f., 109, 207
- Staatlich 38, 1170, 1183 ff.
 - aus staatlichen Mitteln 1183 ff., s. auch Beihilfen
- Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) 1268
- Stand-Still-Gebot 1154, 1219
- Stardust Marine* 1185 f.
- Stauder* 627, 635
- Stoffgleichheit 1192
- Subsidiaritätsprinzip 120, 160 ff.
 - ausschließliche Zuständigkeit der EU 162
 - „effet utile“ als Auslegungsmethode 168
 - keine Kompetenzverteilungsmaxime 162
 - Kompetenzausübungsmaxime 162
 - geteilte Zuständigkeit der EU 162 f.
 - Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit 167
 - Subsidiaritätsrüge 169 f.
 - Subsidiaritätsklage 169 f.
- sunk costs, s. versunkene Kosten
- Supranationalität 33, 41
- Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten 91 ff.
 - Aussetzung von Rechten eines Mitgliedstaates 94
 - der Stimmrechte im Rat 94
 - „Fall Österreich“ 93
 - mitgliedstaatliches Klagerecht nach Art. 269 AEUV 98
 - Rechtmäßigkeit der Suspendierung 98
 - Rechtsstaatsverfahren 91, 93
 - schwerwiegende und anhaltende Verletzung von in Art. 2 EUV genannten Grundsätzen 94, 96
 - Vorfeldmaßnahmen 91, 93
- Suspendierungsverfahren 94 ff.
- Symbole der EU 27
- Teilnichtigkeit 504, 1230
- Tempelkonstruktion 33
- T-Mobile Netherlands* 1068, 1089, 1092 f., 1097
- TNT Post UK* 1245
- Transeuropäische Netze 148, 302
- Transformationslehre, s. Anwendungsvorrang
- Transformationsunbedürftigkeit des Unionsrechts, s. Anwendungsvorrang
- Transparenz 23, 110, 255, 631, 1031, 1071, 1123, 1186, 1213, 1220, 1223, 1257, 1259, 1290
- Transparenzgebot 996, 1179
- Transparenzrichtlinie 1186, 1257, 1259
- Transparenzverordnung 1223
- Trilog, informeller 311
- Überseering* 928 f.
- Ultra-vires-Akt 127, 129 ff., 140, 347, 649, 1289
- Ultra-vires-Kontrolle des BVerfG 125, 129 ff., 140, 143
- Umformung der staatlichen Handelsmonopole 811, 863 ff.
- Umweltpolitik 54
- Ungleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern 679 ff., 705, 707, 714 ff., 744, 791, 795 f., 801, 886, 938, 942, 976, s. auch Diskriminierungsverbot
- Unilever Italia* 380

- Unionsbürgerliche Freizügigkeit 705 f., 731 ff., s. auch Bewegungs- und Aufenthaltsrecht, s. auch Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger
- Unionsbürgerliches Diskriminierungsverbot 715, 732, 747 ff.
- Unionsbürgerschaft 14, 720 ff.
 - aktives Wahlrecht 753
 - allgemeines Diskriminierungsverbot 629, 697 ff., 719, 723, 938 ff., 976, s. auch dort
 - Anrufung des Bürgerbeauftragten 769 ff.
 - Art. 18 Abs. 1 AEUV 697 ff.
 - Art. 21 Abs. 1 AEUV 731 ff.
 - Art. 79 Abs. 3 GG 759
 - Aufenthaltsrichtlinien 731, 740
 - Bewegungs- und Aufenthaltsrecht 731 ff.
 - Bürgerbeauftragter 223, 769 ff.
 - Bürgerinitiative 776 f.
 - Bürgerrechte 720 ff.
 - Demokratieprinzip 755
 - diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger 761 ff.
 - Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 715, 748, 752
 - Drittstaatsangehöriger 734
 - Durchführungsbestimmungen 753, 770
 - EU-Grundrechte 625 ff., 743
 - Europawahlrecht 209 ff., 757 ff.
 - europäische Staatsbürgerschaft 206, 720 ff.
 - Familienangehöriger 734
 - Freizügigkeits- und Aufenthaltsrecht der Unionsbürger 723, 731 ff., 866, s. auch dort
 - Freizügigkeitsrichtlinie 700, 718, 730 ff., 751 f., 880, 921, 967
 - Gleichheitssatz, Art. 18 AEUV 697 ff.
 - Grundfreiheiten 720 ff., 731, 737, 740, 743
 - Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 741
 - Kommunalwahlrecht 753 ff.
 - nationale Bestimmungen 744 ff.
 - passives Wahlrecht 210, 753, 757 ff.
 - persönlicher Schutzbereich 734
 - Petitions- und Beschwerderecht 766 ff.
 - Petitionen zum Europäischen Parlament 766 ff.
 - Recht auf schriftliche Eingaben 775
 - Rechtfertigung 738 ff.
 - schriftliche Eingaben an Unionsorgane und -einrichtungen 775
 - Staatsangehörigkeit 720 ff.
 - Staatsbürgerschaft, europäische 720 ff.
 - subsidiär 731
 - unionsbürgerliche Freizügigkeit 731 ff.
 - Unionsbürgerstatus 701, 723, 724
 - unmittelbare Anwendbarkeit 731
 - Vorbehalt sozialer Absicherung 739, 751
 - Wahlrecht zum Europäischen Parlament 757 ff.
 - wahlrechtliche Gleichbehandlung 753
 - Wahlrechtsordnungen 756
 - Wahrung berechtigter Interessen 740
 - Zugangsrecht zu Dokumenten 408
- Unionsorgane, s. Organe der Union
- Unionsrecht 144 ff.
 - Unionsprimärrecht 349
 - Unionssekundärrecht 349
 - Anwendungsvorrang 175
 - Innerstaatlicher Umsetzungsakt 189
 - Grundsatz der Unionstreue 42, 189, 828 f.
 - Gleichrangigkeit der Verträge 352 f.
- Unionsrecht und Recht der Mitgliedstaaten 144 ff., 175, 560, s. auch Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- Unionsrechtliches Suspendierungsverfahren, s. Suspendierungsverfahren *United Brands* 1118, 1121
- Unmittelbare Anwendbarkeit des Unionsrechts 42, 44, 178, 354 ff., s. auch Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- Unmittelbare Geltung des Unionsrechts 178
- Unmittelbare Drittwirkung 664, 789 f., 827, 884
- Unmittelbare Wirkung 187, 371, 432 f.
- Untätigkeitsklage 525 ff.
 - Begründetheit 536
 - Form und Frist 534
 - Funktion 525
 - Klageberechtigung 533
 - Klagegegenstand 530
 - Konkurrentenklage 532
 - Parteifähigkeit 527

- Prüfungsschema 538
- Urteilstwirkung 537
- Vorverfahren 529 f.
- Zulässigkeit 526 ff.
- Unternehmen 863, 1066, 1073 ff., **1076 ff.**, 1084 ff., 1113 ff., 1121 ff., 1149 ff., 1193 ff.
- Anteilseigner 936, 1082 f., 1235
- Grundsatz der Solidarität 1081
- Kapitalisierungsprinzip 1081
- marktbeherrschende 215, 1066, 1111, **1113 ff.**
- öffentliche 923, 1084 f., 1184 f., 1199, 1257
- Organisationsform 1079
- Rechtsträger 1066, 1082 ff., 1088, 1235
- Unternehmensbegriff **1076 ff.**, 1081 f., 1113, 1193 f.
- Unternehmen mit besonderen oder ausschließlichen Rechten **1084**, 1244, 1257
- Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut worden sind 1237 ff., s. auch Daseinsvorsorge
- Betrauungsakt 1243 ff.
- Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse 1237 ff., 1248 ff.
- Verhältnismäßigkeit 1245, 1247
- Verhinderungserfordernis 1246 f.
- Unternehmenseinheit, Auswirkungsprinzip
- Unternehmenszusammenschlüsse (auch Zusammenschlüsse) 1073, **1149 ff.**
- Unterschiedslos wirkende Marktzugangsbehinderungen 794 ff., 985
- Unterschiedslose Beschränkungen 737, 752, 943, 983, 985
- Unterschiedslose Maßnahmen 775, 874 f., 879, 892, 915, 921, 1028 f., **1042**
- VALE* 930 f.
- Vent de Colère* 1189
- Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung 815 ff., s. auch Warenverkehrsfreiheit
- Verbotsgesetz 809, 1230
- Vereinbarungen 235, 392, 419, 681, 724, 1073 ff., 1089, 1098, 1100 ff., 1141, 1150, 1158
- abgestimmte Verhaltensweisen 1067, 1073, **1089 ff.**, 1097 f., 1100, 1102, 1125, 1128, 1131, 1158
- Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen 1091, 1158 f.
- Exklusivvereinbarung 1135, 1141
- Gentlemen's agreements 1089
- horizontale 1089
- interinstitutionelle 216, 222, 269, 392, 400
- im Sinne des Art. 101 AEUV 1089 ff., 1097 f., 1100, 1159
- Interorgan-, interinstitutionelle 216, 222, 269, 392, 400
- Kartellverbot 1067, 1073 ff.
- mit Drittstaaten 764 f.
- mitgliedstaatliche 235, 419, 681
- Nichtigkeit 809, 1075
- vertikale 1089
- wettbewerbsverfälschende 1073 f.
- Vereinigtes Institut für Kernforschung (CERN) 2
- Vereinte Nationen (UN) 48, 57, 62, 436, 635, **694 f.**, 1260, 1265
- Verfahrensarten vor dem EuGH und dem EuG 471 ff.
- Amtshaftungsklage 539 ff.
- Einstweiliger Rechtsschutz 459
- Nichtigkeitsklage 493 ff.
- Rechtsmittelverfahren 566 ff.
- Untätigkeitsklage 525 ff.
- Vertragsverletzungsverfahren 541 ff.
- Vorabentscheidungsverfahren 550 ff.
- Verfahrensautonomie 576 ff.
- Äquivalenzgebot 578
- Effektivitätsgebot 578
- Verfahrensordnung 286, 392, 465
- Verfahrensverordnung 1074, 1100, 1103 ff., 1220
- Verfahren vor den Unionsgerichten, sonstige 573 ff.
- Gutachten des Gerichtshofs 574
- Inzidentrüge 575

- Rechtsakt, Unanwendbarkeit im Verfahren 575
- Schiedsklausel 573
- Schiedsvertrag 573
- Verfassungsvertrag, s. Vertrag über eine Verfassung für Europa
- Vergleichsinvestor 1173
- Verhältnismäßigkeit, s. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
- Verhaltenskoordinierung 1074, 1094, 1102, 1145
- Verordnungen 40, 153, 242, 323, **358 ff.**, **364 f.**, 371, 388, 396, 405
 - Abgrenzung zum Beschluss 388
 - Aufhebung 409 ff.
 - allgemeine Geltung 364
 - Durchsetzung 412 ff.
 - Horizontalwirkung 364
 - „Scheinverordnung“ 501
 - unmittelbare Geltung 364
 - vertikale Wirkung 364
 - zur Konkretisierung von Grundfreiheiten 786
- Verpflichtungszusagen 1107
- Verstärkte Zusammenarbeit 17 f., **63 ff.**, 193, 1060, 1064
 - Grundregeln der Verstärkten Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten 63 ff.
 - Rechtsakte, die zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit ergehen 66
 - Verstärkte Zusammenarbeit als letztes Mittel 63
 - Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der GASP 67
 - Zulässigkeit der Verstärkten Zusammenarbeit 64
- Versunkene Kosten 842, 1148
- Vertragsänderungen **68 ff.**, 90, 103, 132, 194, 199, 344
 - änderungsfester Kern des Unionsrechts 76
 - autonome Vertragsänderungen 391
 - Brückenverfahren, s. vereinfachtes Änderungsverfahren nach Art. 48 Abs. 7 EUV
 - nach allgemeinem Völkerrecht 77
 - ordentliches Änderungsverfahren **69 ff.**, 216
 - vereinfachtes Änderungsverfahren nach Art. 48 Abs. 6 EUV 68, **73**, 216, 232, 344
 - vereinfachtes Änderungsverfahren nach Art. 48 Abs. 7 EUV 74 f., 103, 216, 232, 324, 344
- Vertrag über eine Verfassung für Europa 23
- Vertrag von Amsterdam 16 f., 400, 775, 1047
- Vertrag von Lissabon **24 ff.**, 44 f., 52, 75, 93, 101, 113, 121, 167, 169, 175, 206, 216, 227, 241, 248, 253 f., 262, 271, 274, 284, 291, 311, 329, 345, 358, 497, 501, 632, 776, 1051, 1058, 1061, 1064, 1262, 1275, 1287
 - Inkrafttreten 28
 - Ratifikation 26 f.
 - Rechtspersönlichkeit 36
 - Völkerrechtsfähigkeit 54 f., 62, 422
- Vertrag von Maastricht 13 ff., 101, 109, 160, 206, 236, 259, 436, 628, 731, 766, 1019
 - Inkrafttreten 13
- Vertrag von Nizza **18**, 93, 392, 775
 - Inkrafttreten 18
 - Ratifikation 18
- Vertragsschlusskompetenz 54 ff., 1288
- Vertragsverletzungsverfahren 90, 99, 461, **471 ff.**, 559, 623, 765, 786, 808, 1259
 - Begründetheit 483 ff.
 - Funktion 471 ff.
 - Gegenstand des Verfahrens 480
 - Parteifähigkeit 475
 - Prüfungsschema 491 f.
 - Rechtsschutzbedürfnis 482
 - Urteilswirkung 490
 - Vorverfahren 476 ff.
 - Zulässigkeit 474 ff.
- Viking* 937, 950
- Völkergewohnheitsrecht 52, 61, **422 ff.**
- Völkerrechtliche Verträge der Union 54 ff., 346, 350, **430 ff.**, 492, 587, 1274, 1282
 - Bestandteil der Unionsrechtsordnung 430 f.
 - gemischte Abkommen 56, 60, 431, 1283
 - Rang 432
 - unmittelbare Wirkung 433

- völkerrechtliche Verträge der Mitgliedstaaten 475 ff.
- Völkerrechtsfähigkeit 54, 62, 422 ff.
- Europäische Atomgemeinschaft 2
- Europäische Union 54
- Gesandtschaftsrecht 62
- Internationale Organisationen 2, 62, 100, 422
- völkerrechtliche Deliktsfähigkeit 61
- Völkerrechtssubjektivität, s. Völkerrechtsfähigkeit
- Vollzug des Unionsrechts 438 ff.
- Äquivalenzgebot 446 f., 578 f.
- Effektivitätsgebot 446 f., 578 f.
- Formen des Vollzugs 438 f.
- Vertrauensschutz bei Rücknahmeentscheidung 450
- Verwaltungsorganisation 440 f.
- Verwaltungsverfahrenrecht 442 ff.
- Vorabentscheidungsverfahren 550 ff., 565
- Absicherung des unionsrechtlichen Auslegungs- und Verwerfungsmonopols des EuGH 557
- als Zwischenverfahren 140 f., 550
- Ausnahmen von der Vorlagepflicht 558, 565
- Formulierung der Vorlagefrage 555, 565
- Funktion 550
- Prüfungsschema 565
- Rechtswirkungen des Vorabentscheidungsurteils 564
- Vorlageberechtigung 555 f., 565
- Vorlagegegenstand 555, 565
- Vorlagepflicht 556 f., 565
- „Zulässigkeit“ 551 ff.
- Zuständigkeit, sachliche 551
- Vorrang des Sekundärrechts 784
- Vorrang des Unionsrechts, s. Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- VW-Gesetz 1017
- VW Sachsen 513

- Wachauf 640 f.
- Wahlrechtsgleichheit 206 ff., 220 ff.
- Währungsunion, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Warenverkehrsfreiheit 357, 675, 788 f., 796, 810, 811 ff., 818 ff., 826, 827 ff., 831, 843, 849, 859, 861, 865, 866
- Aufzählung der *Cassis*-Rechtfertigungsgründe 859
- Begriff der Ware 818
- beschränktes Herkunftslandprinzip 834
- bestimmte Verkaufsmodalitäten 838
- *Cassis*-Entscheidung 834
- *Dassonville*-Formel 834, 837, s. auch dort
- Diversifikationszwang 824
- eigenständiges Diskriminierungsverbot 832
- Einfluss der Regelung auf den Marktzugang 841
- Eingriff 827 ff.
- Erschöpfungsgrundsatz 854
- fehlende Nähebeziehung 836
- grenzüberschreitende Dimension des Sachverhalts 825
- *Groenveld*-Formel 818
- Handlung eines Verpflichtungsadressaten/Schutzpflicht 827 ff.
- hinreichende Etikettierung 861
- *Keck*-Formel 838 ff., s. auch dort
- keine Rechtfertigung durch rein wirtschaftliche Gründe 855
- keine willkürliche Diskriminierung 856
- Konkordanzprüfung 805
- Kontingentierungen 831
- künstliches Handelsgeschäft 822 f.
- Ladenschlusszeiten 841
- Leitbild eines „mündigen Verbrauchers“ 861
- Markterschließungsfunktion der Werbung 842
- Maßnahmen gleicher Wirkung 833 ff.
- mengenmäßige Ein- und Ausfuhrbeschränkungen 831 f.
- negative Tatbestandsmerkmale des Art. 34 AEUV 857
- öffentliche Sicherheit und Ordnung 849
- öffentliche Sittlichkeit 850
- Parallelimport 820
- persönlicher Schutzbereich 826
- produktbezogene Regelungen 836

- Rechtfertigung 847 ff.
- Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechtsschutzes 862
- Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV 847 ff.
- Rechtfertigungsgründe nach der *Cassis*-Rechtsprechung 857 ff.
- Rechtfertigungsmöglichkeit nur für unterschiedslos anwendbare nationale Regelungen 858
- Reimport 820
- Sachlicher Schutzbereich 818 ff.
- Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums 854
- Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen 851
- Schutz des Lebens von Tieren oder Pflanzen 852
- Schutzpflichten der Mitgliedstaaten 827, 862
- Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit 818
- Sonntagsverkaufsverbote 841
- spezifische gegen die Ausfuhr gerichtete diskriminierende Maßnahmen 837
- spezifisches Beschränkungsverbot 832
- staatliche Maßnahme 827
- subjektiver Anspruch des Einzelnen auf staatliches Einschreiten gegen Grundfreiheitsverletzungen durch andere Private 830
- Tatbestände nichtwirtschaftlicher Art 855
- Umformung der staatlichen Handelsmonopole 863 ff.
- ungeschriebene Rechtfertigungsgründe 857
- Unionswaren 819
- unmittelbare Drittwirkung 827
- Unterlassen 829
- Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung 831 ff.
- Verbringungsverbote 831
- Verhältnismäßigkeit 856
- Verkaufsmodalitäten, die den Marktzugang spezifisch behindern 842
- Verstoß gegen die Freiheit des Warenverkehrs durch Unterlassen 829
- Waren aus Drittländern, die sich in den Mitgliedstaaten im freien Verkehr befinden 819
- Warenherkunft als Tabukriterium 832
- Werbemaßnahmen 824
- Zollunion 812 ff.
- Zugang auf allen Marktstufen 842
- Zurechenbarkeit der Beschränkung der Freiheit des Warenverkehrs 827
- zwingende Erfordernisse des Allgemeinwohls 857
- Welthandelsorganisation (WTO) 57, 431, **1290 ff.**
- Wertgutachten 1181, s. auch Beihilfen
- Wesentlicher Teil des Binnenmarktes 1126
- Westeuropäische Union (WEU) 1265
- Westunion, s. Westeuropäische Union (WEU)
- Wettbewerb 779, 1062 f., **1068 ff.**, 1073 ff., 1111 ff., 1146 ff., 1149 ff., 1157 ff., 1162 ff., 1237 ff., 1285
- Wettbewerbsbedingungen 64, 780 f., 1031, 1093 f., 1111, 1120, 1124, 1142, 1163
- Wettbewerbsbehörden (auch Kartellbehörden) 1100, 1157 ff.
- Wettbewerbsbeschränkungen 1086, 1093 f., 1102, 1259
- Wettbewerbsoffenheit 1179
- Wettbewerbspolitik 1066 ff.
- Wettbewerbsrecht **1068 ff.**, 1076 ff., 1088 ff., 1095 ff., 1097, 1146 ff., 1155, 1208, 1239, 1242, 1285
- sektorspezifisches 1146 ff.
- Wettbewerbsbeeinträchtigung, auch -verfälschung, -verzerrung 580, 796, 812, 1066 f., **1094 ff.**, 1162, 1200 ff., 1208 f., 1211 f., 1230
- Wiedervereinigung Deutschlands 12
- Willkürverbot 1020
- Windows Media Player* 1138, s. auch Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung
- Wirksamer Wettbewerb 1068, 1108, 1121, 1128, 1131, 1153, 1156, 1153, 1156, s. auch Marktbeherrschende Stellung eines Unternehmens

- Wirtschaftliche Tätigkeit 797, 889, 818, 914, 933 ff., 940, 1252
- Wirtschaftspolitik 11
- Wirtschaftssanktionen, s. Handelsembargo
- Wirtschafts- und Sozialausschuss 153, 243, 299 ff., 310, 326
- Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) 7 f., 12 f., 79, 290, 294, 412, 1032
- workable competition, s. wirksamer Wettbewerb
- Yusuf* 694
- Zambrano* 726 ff.
- Zhu und Chen* 734
- Zahlungsverkehrsfreiheit 1004 ff., 1294
- Beschränkungsverbot, einheitliches 1015
 - Eingriff 1014 ff.
 - Grundrechte als Rechtfertigung 1030
 - intermediäre Gewalten 1014, 1030
 - Maßnahmen gegen Zuwiderhandlungen 1021
 - Meldeverfahren für den Zahlungsverkehr 1022
 - öffentliche Sicherheit und Ordnung 1023
 - persönlicher Schutzbereich 1013
 - räumlicher Schutzbereich 1013
 - Rechtfertigungsgründe 1018 ff.
 - Rechtfertigungsgründe der Niederlassungsfreiheit 1025
 - sachlicher Schutzbereich 1012
 - Schranken-Schranken 1020, 1024, 1026, 1029
 - Schutzpflicht 1014, 1030
 - Sekundärrecht 1031
 - Steuerhoheit der Mitgliedstaaten 1019
 - Ungleichbehandlung nach Wohn- oder Kapitalanlageort 1019
 - Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 1020, 1024, 1026, 1029
 - Verpflichtungsadressaten 1014
 - willkürliche Diskriminierung 1020
 - zwingende Gründe des Allgemeininteresses 1020, 1027 ff.
- Ziele, außerökonomische 1101, 1240
- Zollunion 32, 146, 811, 812 ff., 1287
- Abgabe gleicher Wirkung 813
 - bestimmte Zahlungsverlangen weiterhin zulässig 815
 - Gebühren 816
 - Gemeinsamer Zolltarif (GZT) 817
 - innerhalb der Mitgliedstaaten keine Abgaben zollgleicher Wirkung 814
 - Steuern 815
 - Zölle 813
- Zugangsverweigerung 1130
- Zurechenbarkeit 378, 484, 486, 1088, 1184
- Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (ZBJI) 14, s. auch justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, s. auch polizeiliche Zusammenarbeit, s. auch Schengener Abkommen
- Zusammenarbeit mit Drittländern, wirtschaftliche, finanzielle und technische 1265
- Zusammenschlüsse (auch Unternehmenszusammenschlüsse) 1067, 1073, 1083, 1149 ff.
- Zwangmaßnahmen gegenüber Individuen 413
- Zweierpaket, s. Stabilitäts- und Wachstumspakt
- Zweiter Weltkrieg 25
- Zwischenstaatlicher Handel 811, 828, 838, 840 f., 847, 864 f., 1089, 1094, 1098, 1127, 1158, 1166, 1203, s. auch Handelsbeeinträchtigung, s. auch Handelspolitik
- Zwischenstaatlichkeitsklausel 1089, 1127, 1203, 1247

